:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 27.11.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Protest gegen Klinik

STUTTGART. Rund 100 Anhänger der „Christdemokraten für das Leben" (CDL) und des „Pforzheimer Kreis", in dem sich Christen der Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) zusammengeschlossen haben, demonstrierten am 14. November in Stuttgart vor dem Rathaus gegen eine Klinik, in der Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Laut der Internetseite kath.net beteiligten sich an der Demonstration, die von Gegenprotesten begleitet wurde, auch Mitglieder des „Evangelischen Arbeitskreises" der CDU. Gemeinsam wollen sie verhindern, dass die Klinik in ein anderes Gebäude umziehen kann, nachdem der Mietvertrag für die bisherigen Räumlichkeiten zum Jahresende ausläuft. Redebeiträge auf der Kundgebung lieferten Vertreter der AfD, der CDL, der „Petrus-Bruderschaft" und der Organisation „Kaleb"

hma ■

Austritte aus der NPD

LANDKREIS Görlitz. Im Landkreis Görlitz sind zahlreiche Funktionäre und kommunale Mandatsträger der NPD aus der Partei ausgetreten. „Intrigen, Machtspiele und menschliche Abgründe" habe sie in der sächsischen NPD erlebt, erklärte Antje Hiekisch, Stadträtin in Zittau, die nun nach 17jähriger Parteizugehörigkeit die NPD verlässt. Es gebe „unüberbrückbare Differenzen", heißt es in der gemeinsamen Pressemitteilung. Kritisiert werden vor allem der NPD-Landesvorsitzende Holger Szymanski und seine beiden verbliebenen Stellvertreter, Jens Baur und Mario Löffler. Neben Antje Hiekisch traten Frank Mühle (Kreisrat und Stadtrat Niesky), Michael Ackermann (Kreisrat und Stadtrat Weißwasser), Kersten Ließ (Gemeinderat Großschönau) und Torsten Hiekisch (Stadtrat Zittau und Ortschaftsrat Hirschfelde) sowie der gesamte Kreisvorstand der NPD des Landkreises Görlitz aus der Partei aus

hma ■

Aus dem Inhalt:

Neonazis sammelten 10 Euro pro Meter für eigene Abschaffung 4
Rechte Koalition in Belgien 6

Verwaltungsgericht erlaubte Hooligandemo am 15.11. in Hannover

Großer Protest dagegen – riesiges Polizeiaufgebot – Einschränkungen für die rechten Hooligans



Die Polizei hatte die angemeldete Anti-Islam-Demonstration „Europa gegen den Terror des Islamismus" als Vorwand für Gewalt eingestuft und ein vollständiges Verbot verhängt. Dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Hannover gekippt. Die Richter widersprachen der Einschätzung der Polizei. Das Gericht urteilte, „die Kundgebung der Hooligans genieße grundsätzlich den Schutz der Versammlungsfreiheit. Die Veranstaltung sei sichtlich auf Meinungskundgabe gerichtet und nicht auf die Ausübung von Gewalt. „Nach der Köln-Demonstration eine sehr ‚blinde' Einschätzung". Und weiter: „Gefahren für die öffentliche Sicherheit könnten durch polizeiliche Beschränkungen abgewendet werden."

Insgesamt waren knapp 3000 Teilnehmer (so die Pressemittteilung der HoGeSa v. 18.11.) anwesend – gerechnet hatten sie mit 5000. Der Kundgebungsplatz war vollständig abgeriegelt durch Polizeifahrzeuge, weit und breit kein Publikumsverkehr. Ihre Absicht, Hetzparolen in der Innenstadt zu verbreiten, fand keinen Raum.

Ihre Reden waren nicht zu hören. Nur Rufe wie „Deutschland, Deutschland" und „Wir sind das Volk". Als der Sänger der rechtsextremen Band „Kategorie C" zu Hetzreden ansetzte wurde er von der Polizei gestoppt.

U. a. nahmen Siegfried Borchert (SS-Siggi), ehemaliger Vorsitzende der NPD Bayern, Patrick S, NPD-Funktionär und Internetradio-Betreiber mit rechter und rechtsextremer Musik aus der Oberpfalz, Mitglieder der im Rat der Stadt sitzenden rechten Wählergruppe „Die Hannoveraner", die auch zur Demonstration aufgerufen hatten, teil.

Die Mischszene von Hooligans und Neonazis stellt nach Einschätzung der Journalistin und Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke für Frauen in der rechten Szene ein attraktives Umfeld dar. Mit einer derart großen Zahl weiblicher Teilnehmer wie auf der Kundgebung am Wochenende in Hannover habe sie nicht gerechnet, sagte Röpke am 16.11. während einer Tagung in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald.

Die Kundgebung war bis 16.00 Uhr geplant. Bereits um 14.45 Uhr, beendet der Versammlungsleiter die Veranstaltung.

Die Polizeitaktik

Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Hannover waren 5300 Beamte aus acht Bundesländern im Einsatz.

Die Teilnehmerinnen/Teilnehmer der Hooligan-Demonstration wurden direkt an den Zügen von der Polizei „abgeholt" und durch den halb abgesperrten Bahnhof

Freispruch in München

München. Das Landgericht München hat einen Mann, der im August 2013 gegen eine Anti-Islam-Kundgebung von „Die Freiheit“ in München demonstriert hatte, freigesprochen. Die Richterin bezweifelte die Aussage einer Zeugin, die angeblich Beleidigungen gehört haben wollte, und sprach den Angeklagten frei. Der Münchner „Die Freiheit“-Aktivist Michael Stürzenberger gehörte unlängst auch zu den Rednern auf der HoGeSa-Kundgebung in Hannover. In seinem Bericht über seine Teilnahme an dem rassistischen Aufmarsch in Hannover und die antifaschistischen Gegenproteste schreibt Stürzenberger u.a.: „Wir Patrioten dürfen uns auf den Tag freuen, an dem die Polizei endlich die richtigen Anweisungen bekommt, wie mit diesen vaterlandslosen, unverschämten und gewalttätigen linken Elementen umzugehen ist“

hma ■

Soli-Aktion für Inhaftierte

Die extrem rechte Internetseite „Altermedia Deutschland“ und die „Gefangenenhilfe“ rufen zu einer „Julfest-Soli-Aktion“ für inhaftierte „Kameraden“ auf. Die in „Gesinnungshaft“ befindlichen „Kameraden“ würden mit einem Solidaritätspaket unterstützt, heißt es in dem Aufruf. Eine Reihe von extrem rechten Verlagen und Versandgeschäften unterstützen die Aktion bereits. So u.a. „Der Schelm“, „libergraphiX“, „Odin Versand“, „Z-Versand“, „Zentral-Versand“, „Support Wear“ und „Reichsversand“. Zu den Unterstützern des Aufrufs gehört auch die „Europäische Aktion“. *hma* ■

Gewandeltes Kräfteverhältnis

AfD will mit UKIP, FPÖ und FN stimmen!

Diese Woche wird im Europaparlament über einen Misstrauensantrag gegen Kommissionspräsident Juncker abgestimmt werden. Initiiert wurde er von den Rechtspopulisten der EFDD um Nigel Farage (UKIP), unterstützt wird er von FPÖ und Front National.

Bernd Lucke hat für die sieben AfD-Europa-Abgeordneten erklärt, sie würden diesem Antrag zustimmen! „Wir haben bereits zwei Mal bei Abstimmungen deutlich gemacht, dass wir kein Vertrauen in Juncker haben“, verlautbart er u.a. auf seiner Facebook-Seite.

Damit ist auch die bislang heftig umstrittene Frage, ob AfD-KommunalpolitikerInnen Anträgen von NPD oder ProDeutschland zustimmen dürfen, entschieden.

Diese Abstimmungsankündigung bringt eine neue politische Linie der AfD zum Ausdruck, die Ergebnis einer Klausurtagung des Bundesvorstands am 7. und 8. November in Regensburg ist. Seit der Klausur ist eine Veränderung im Umgang mit Initiativen oder Personen, mit denen die AfD bisher offizielle Kontakte vermied, weil sie zu weit rechts stehen, zu verzeichnen. Offenbar konnte sich der rechtspopulistische gegen den bürgerlich-konservativen Parteiflügel durchsetzen.

So wurde auch die Beteiligung von AfD-Mitgliedern an der HogeSa-Demo in Hannover klaglos hingenommen, obwohl das führende Mitglied der Parteiströmung „Patriotische Plattform“, Alexander Heumann, dort sogar sprach. Und der stellvertretende Sprecher der AfD Alexander Gauland trat auf Jürgen Elsässers Compact-Konferenz „Frieden mit Russland“ auf.

Der gemeinsame Auftritt führender AfD-FunktionärInnen mit RechtsextremistInnen oder VerschwörungstheoretikerInnen war bis dahin ein Tabu. Das ist nun gefallen. *F* ■

Die AfD erntet, was die neoliberalen Parteien gesät haben

„Die Verbreitung autoritär-völkischer Einstellungen in der Bevölkerung ist erschreckend“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den heute veröffentlichten Ergebnissen einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Jelpke weiter:

„Gefährlich sind nicht nur die eindeutigen Bekenntnisse zu rechtsextremen Statements. Genauso gefährlich ist der starke Wunsch nach einer ‚Volksgemeinschaft‘ und einem ‚starken Führer‘. Darin drückt sich eine Entfremdung von der Demokratie aus, von der langfristig rechten Rattenfänger profitieren könnten. Der Aufstieg der AfD deutet in genau diese Richtung.

Dass abwertende Haltungen gegenüber Gruppen wie Langzeiterwerbslosen oder Asylsuchenden weitverbreitet sind, passt ins Bild. Es sind die Spuren einer über Jahre und Jahrzehnte hinweg betriebenen Politik, die Arbeitslose als Drückeberger und Asylsuchende als Sozialbetrüger brandmarkt und die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft.

Programme für Demokratie und Toleranz, die unbedingt besser ausgestattet werden müssen als bislang, helfen da allein nicht weiter. Das geeignete Programm gegen einen weiteren Rechtsruck wäre ein gesellschaftspolitischer Wechsel, der auf solidarische Umverteilung, mehr direkte Demokratie, Stärkung demokratischer Rechte in Betrieben, Schulen und Universitäten zielt und über eine höhere Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen dafür sorgt, dass die Politik wieder etwas zu entscheiden hat.“

Ulla Jelpke, MdB ■

HoGeSa-Trupp skandiert ausländerfeindliche Parolen

Halle. Am 15.11.2014 gegen 20:00 Uhr befanden sich auf dem Hauptbahnhof Halle circa 63 Anhänger der sogenannten „HOGESA“ – Gruppe. … Die Personen kamen mit der Bahn aus Hannover. Hier hatten sie an der Demonstration der „HOGESA“ teilgenommen. Lautstark bewegten sie sich durch das Bahnhofsgebäude und riefen ausländerfeindliche Parolen, wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“, „Wir wollen keine Asylantenschweine!“. Der Hauptbahnhof Halle war zu dieser Zeit sehr stark durch andere Reisende frequentiert. Bundespolizisten konnten aus der Gruppe der „HOGESA“-Anhänger einen Mann ausmachen, der als Rädelsführer fungierte und die anderen Anhänger immer wieder mit ausländerfeindlichen Parolen lautstark anstachelte. Der 36-jährige Mann wurde durch die Bundespolizisten von der Gruppe getrennt.

Daraufhin kam von den anderen Anhängern lautstark die Rufe „HOGESA, HOGESA!“. Bei dem 36-jährigen Rädelsführer wurde ein Atemalkoholwert von 1,8 Promille festgestellt. Er wird nun wegen Volksverhetzung strafrechtlich verfolgt.

Halle kann sich damit schon einmal einstellen, was am 5. Dezember zu erwarten ist. Für jenen Tag kündigt NPD-Mitglied Rolf Brückner auf seiner rechtsextremen Internetseite einen HoGeSa-Aufmarsch in der Silberhöhe an.

Quelle: http://hallespektrum.de 16.11.2014 ■

Halle: Geplante Demo gegen Hooligans

Nach der Ankündigung einer HoGeSa-Demo für den 5. Dezember im Halleschen Stadtteil Silberhöhe formieren sich die Proteste gegen die Hooligans und Rechtsextremisten.

Unter dem Motto „BoGeFa – Boskopisten gegen Fallobst“ ruft die „Front Deutscher Äpfel“ zu einer Kundgebung auf. „Wir, die Front Deutscher Äpfel, die einzig wahre nationale Kraft in diesem Land werden diesem braunen Spuk entschlossen entgegentreten. Fallobst hat keine Daseinsberechtigung auf deutschen Streuobstwiesen! Fallobst zu Mus!“, heißt es im Aufruf. Die FDA ist eine satirische Gruppierung, die insbesondere rechtsextreme Parteien und Organisationen parodiert.

Die Hooligans hatten angekündigt, gegen „Islamisierung, die Zigeunerplage und den Asylantenwahnsinn” auf die Straße gehen zu wollen. Man erwarte 3000 Teilnehmer.

Quelle: http://hallespektrum.de 16.11.2014 ■

HoGeSa hat nichts mit der Fankultur zu tun, für die wir stehen!

Ultras-Vereinigung gegen HoGeSa

Das Bündnis ProFans setzt sich seit seiner Gründung für bunte und starke Fankurven ein. Bei allen Unterschieden zwischen den organisierten Gruppen steht ProFans immer für einen antirassistischen Grundkonsens. An vielen Standorten konnte in den letzten Monaten und Jahren ein Erstarken rechtsextremer Strömungen festgestellt werden. Unserem Eindruck nach ist das vielfach ignoriert worden, stattdessen standen Ultras im Fokus sicherheitspolitischer Profilierungsbestrebungen. Dabei war und ist eine starke Ultras-Kultur an vielen Orten ein deutlich wirksameres Mittel gegen eine solche Entwicklung, als es ein von außen kommender aufgesetzter Aktionismus sein kann.

Unter dem Deckmantel von Demonstrationen gegen religiösen Extremismus versuchen rechtsextreme Gruppen und Organisationen mit dem Slogan „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) in die Mitte der Fankurven und der Gesellschaft zu rücken. Dabei bedienen sie sich der Popularität des Fußballs. Besonders bemerkenswert ist das deswegen, weil eine Vielzahl der beteiligten Akteure bis dato immer eine vermeintlich unpolitische Haltung für sich propagierte, um ihre rechtsextremen Einstellungen zu verschleiern. Diese Heuchelei sollte spätestens jetzt auch dem Letzten auffallen.

„HoGeSa" bedient sich des Leitmotivs „Getrennt in den Farben – in der Sache vereint", das seit vielen Jahren von organisierten Fans, so auch von ProFans, verwendet wird, die sich für ihre Rechte einsetzen. Dabei haben wir mehr als einmal deutlich gemacht, dass in unserer Fankultur für Rassismus kein Platz ist.

„HoGeSa geht es nur darum, gesellschaftsfähig zu wirken", stellt ProFans-Sprecher Alex Schulz fest. „Es ist jedoch wichtig die wahren Absichten zu erkennen, und diese haben sich in Köln, Dortmund und Essen deutlich gezeigt. Über den ganzen Demozug hinweg waren eindeutig rassistische und nationalistische Parolen zu vernehmen." Die hohe Zahl an Teilnehmern in Köln überraschte auch ProFans, zeigt aber sehr deutlich die Gefahr aus dieser Ecke. Viele der Teilnehmer waren dabei nicht eindeutig dem rechten Spektrum zuzuordnen, ließen sich jedoch durch ein aktuelles Thema, das viele Menschen ängstigt, für einen solchen Aufmarsch gewinnen und störten sich dann auch nicht an klar rechtspopulistischen Parolen.

ProFans verweist deutlich auf das eigene Selbstverständnis: „Rassismus und jede Form von Diskriminierung haben im Alltag wie auch im Stadion für uns keinen Platz! Es sollte für jeden Fan selbstverständlich sein, sich von rechtsextremen Tendenzen zu distanzieren und besser noch dagegen zu engagieren", betont Jakob Falk, ebenfalls Sprecher von ProFans. Die Fanorganisation befürchtet durch die unreflektierte Verknüpfung von Fußball mit den Vorkommnissen in Köln, dass Fußballfans erneut pauschal vorverurteilt werden. „Wir hoffen, dass durch die aktuellen Vorfälle ein Umdenken stattfindet und antirassistisch engagierte Fans und Fangruppen endlich den Rücken gestärkt bekommen. Außerdem appellieren wir an alle Fans wachsam zu bleiben. Rechtsextreme und diskriminierende Strömungen dürfen keine Chance haben, sich in den Fankurven breit zu machen", erläutert Alex Schulz die Forderung von ProFans.

ProFans, 14. November 2014 ■

Fortsetzung von Seite 1

zu dem in unmittelbarer Nähe liegenden Kundgebungsplatz gebracht. Alle wurden durchsucht, es gab ein Alkoholverbot auf dem Platz und die Auflage, dass die 350 Ordner besonders überprüft werden sollten.

Der Kritik von Antifaschisten, dass die Kundgebung in unmittelbarer Nähe des Flüchtlingscamps am Weiße-Kreuz-Platz genehmigt wurde, entsprach die Polizei mit einer Einheit direkt am Flüchtlingscamp.

Der Protest gegen Demonstration

Im Vorfeld der Demonstration wurden im Stadtgebiet Fahnen mit der Aufschrift „Hannover steht auf – gegen rechts" aufgehängt.

Ca. 5000 hatten sich auf zwei nahe beieinander liegenden Kundgebungsplätzen zum Protest versammelt. Das Bündnis ‚BUNT STATT BRAUN', in dem sich verschiedene Verbände, Vereinigungen, Glaubensgemeinschaften, Kirchen, Gewerkschaften und politischen Parteien zusammengeschlossen haben, hatte unter dem Motto „Für Vielfalt und Respekt, gegen Rassismus und Gewalt – kein Hooliganaufmarsch in Hannover" aufgerufen.

Die Nachbetrachtung des DGB zu der Kundgebung: „Mehr als 1600 Teilnehmer aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft demonstrierten auf dem Goseriedeplatz. Die Rednerinnen und Redner der Kundgebung – u. a.. der Oberbürgermeister, der Bezirksleiter der IG Metall, der Vertreter der Kirche, die Vertreterin der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, der Regionspräsident, der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen, die Vertreterin der GEW sowie die Vertreterin von Kargah brachten ihren Protest gegen rechte Propagandaaufmärsche zum Ausdruck und forderten konsequentes Eintreten für eine offene Gesellschaft."

Breiten Beifall erhielten die Reden der Vertreterin von Kargha (Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit) mit ihrer Forderung „Reißt Mauern ein gegen Intoleranz und Rassismus, abstoßen und ausgrenzen kann nicht die Lösung sein." und der Vertreterin der GEW zu ihrer Ausführung „Der momentane Zeitgeist bietet Verbindung zwischen Nazis und Hooligans, Politik und Gesellschaft müssen eingreifen. ‚Die Hannoveraner im Rat der Stadt' haben zur Demo aufgerufen. Die AfD im parlamentarischen Raum hat am 9.11. in Thüringen mit CDU und FDP gemeinsame Lichterketten veranstaltet, da muss es nicht wundern wenn sie rechten Boden bereiten."

Jugendorganisationen von Parteien, Gewerkschaften und autonome Antifaschistinnen/Antifaschisten hatten unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rassismus und religiösen Fundamentalismus" zum Protest aufgerufen. Dieser wurde von 60 Gruppierungen – auch aus vielen anderen Städten – unterstützt. Über 3000 versammelten sich am Steintorplatz – in unmittelbarer Nähe der „Bunt statt Braun"-Kundgebung. Das war ein überwältigendes Bild des Protestes.

Die geplante Gegendemonstration sollte zunächst – nach Auffassung der Polizei – durch eher menschenleere Straßen führen, dies lehnte das Bündnis ab. Letztlich konnte eine Demonstration – mit Teilnehmerinnen/Teilnehmern beider Kundgebungen – in der Stadt durchgeführt werden. Die gemeinsame Abschlusskundgebung fand in unmittelbarer Nähe des Kundgebungsplatzes der Hooligan-Kundgebung statt. Sie war so laut, dass sich die Hooligans bei der Polizei beschwerten.

Auch wenn erfreulich ist, dass die Hooligans ihre rechten und rassistischen Parolen nicht in der Stadt ausbreiten konnten, bleibt doch unerfreulich, dass es trotz massiver Einschränkungen immer noch 3000 waren. In der oben erwähnten Presserklärung werden weitere Veranstaltungen zu Anfang des kommenden Jahres angekündigt.

E.B. ■

Neonazis sammelten 10 Euro pro Meter für eigene Abschaffung



WUNSIEDEL. Im oberfränkischen Wunsiedel hat der Widerstand gegen Neonazis fast schon Tradition. Zum alljährlichen „Heldengedenken“ formieren sich Bündnisse gegen Rechts, um den Neonazis Paroli zu bieten. So auch dieses Jahr – äußerst kreativ sogar.

Es war ein Protest mit Witz und Hintersinn: Bei ihrem alljährlichen sogenannten „Heldengedenken“ im oberfränkischen Wunsiedel wurden gut 250 Neonazis auf den „unfreiwilligsten Spendenlauf Deutschlands“ geschickt. Denn mit jedem Meter, den die Rechtsradikalen am Samstag auf ihrem Marsch durch die Fichtelgebirgsstadt zurücklegten, flossen finanziert durch Förderer zehn Euro auf ein Spendenkonto zugunsten der Initiative EXIT-Deutschland, die sich um Aussteiger aus der Neonazi-Szene bemüht.

Dabei passierte der „Trauermarsch“, zu dem die rechtsextremistische Partei „Der Dritte Weg“ aufgerufen hatte, zahlreiche Transparente mit ironischen Kommentaren wie „Im Spendenschritt Abmarsch“ und „Endspurt statt Endsieg“. Angeboten wurde auch „Marschverpflegung“: Bananen, eingewickelt in eine Banderole mit der Aufschrift „Mein Mampf“. Am Ende der Aktion stand eine Summe von 10 000 Euro, für die sich die Initiatoren nicht nur bei den tatsächlichen, sondern auch bei den „unfreiwilligen Spendern“ brav bedankten: „Danke, liebe Neonazis“, hieß es noch während der laufenden Veranstaltung auf der eigens eingerichteten Homepage www.rechts-gegen-rechts.de.

Irgendwann merkten sie's

Die Aktion war unter anderem vom Bündnis „Wunsiedel ist bunt nicht braun“ und der Projektstelle gegen Rechtsextremismus in Bad Alexandersbad vorbereitet worden. „Damit wird das Anliegen der Neonazis konterkariert”, sagte der evangelische Wunsiedler Pfarrer Jürgen Schödel als einer der Mitveranstalter: „Denn bei ihrem Marsch merken die Rechtsextremisten, dass sie damit eigentlich Geld für die Aussteigerhilfe sammeln.” Allerdings verweist Schödel auch auf den ernsthaften Hintergrund des Protests: Bei der angeblichen „Heldenverehrung“ gehe es tatsächlich um Kriegstreiber und Massenmörder aus der Geschichte. „Und es sind menschenverachtende geistige Brandstifter aus der Gegenwart, die durch ihre Umtriebe für reale Brandstiftung, Mord und Totschlag bis hin zum rechtsextremen NSU-Terrorismus verantwortlich sind.“

Der kreative Protest gegen Neonazis hat in Wunsiedel durchaus Tradition. Über Jahre hinweg hatte die rechtsradikale Szene die kleine Stadt regelmäßig in eine Art Geiselhaft genommen, wenn dort mit Kundgebungen und Aufmärschen mit bis zu 4000 angereisten Teilnehmern der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß (1894-1987) gefeiert wurde. Nach seinem Tod im Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau war Heß im Familiengrab auf dem Friedhof der Fichtelgebirgsstadt beigesetzt worden.

Beispielhaftes Modell für zivilgesellschaftliches Engagement

Im Jahr 2004 formierte sich auf Initiative der damaligen Wunsiedler Jugenddiakonin Andrea Heußner ein zivilgesellschaftliches Bündnis gegen Neonazis, das auf den Straßen einen symbolischen „Kehraus“ veranstaltete und später den Todestag von Rudolf Heß zu einem bunten „Fest der Demokratie“ umwidmete. Der Widerstand der Wunsiedler Bürger gegen die Rechtsextremisten gilt inzwischen bundesweit als beispielhaftes Modell für zivilgesellschaftliches Engagement.

Die Heß-Gedenkmärsche wurden 2008 durch ein höchstrichterliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gestoppt, das eine vom damaligen Wunsiedler Landrat und Vizepräsident der bayerischen evangelischen Landessynode Peter Seißer (SPD) angestoßene Gesetzesverschärfung wegen Volksverhetzung für rechtmäßig erklärte. Beim alljährlichen „Heldengedenken“ gehört es deshalb ausdrücklich zu den Auflagen, dass die Namen von Kriegsverbrechern wie Rudolf Heß und Erich Priebke nicht genannt werden dürfen. (epd/mig)

Quelle: www.migazin.de 18.11.2014 ■

Ungarische Neofaschisten wollen in München auftreten!

Am Sonntag, 30. November 2014, wollen führende Funktionäre der neofaschistischen ungarischen Partei „Jobbik“ in einer Gaststätte im Münchner Stadtteil Berg am Laim auftreten. Ab 18.00 Uhr sollen im Lokal „Flügelrad“ (Truderinger Straße 115a) der stellvertretende Parteivorsitzende István Szavay und der Parteifunktionär János Bencze sprechen.

Zeitweise ist sogar ein Auftritt des Parteivorsitzenden Gábor Vona in Aussicht gestellt gewesen. Einer a.i.d.a.-Recherche zufolge haben im geplanten Veranstaltungsort, der Gaststätte „Flügelrad“, im November 2014 bereits zwei einschlägige Veranstaltungen mit „Jobbik“-Beteiligung stattgefunden, zuletzt am 10. November 2014.

Bei einem spärlich besuchten Abend referierte damals der Parteiaktivist Miklós Mihály über den Ungarn-Aufstand von 1956 und diskutierte die Frage einer Einbindung der hier lebenden ungarischen Staatsangehörigen in die „Jobbik“-Bewegung. Damit zielte Mihály direkt auf die in München lebenden ca. 8900 Ungarinnen und Ungarn ab. Mihaly, der in schwarzem Hemd und brauner Krawatte mit Parteiabzeichen auftrat, verlas zudem eine Grußbotschaft des Vorsitzenden Gábor Vona.

Die Wahl des Veranstaltungslokals ist nicht zufällig erfolgt, der Pächter Lajos Krekk ist in die rechten Aktivitäten vielmehr involviert. Bei der letzten Veranstaltung trat Krekk als Präsident eines „Weltverbandes des Weltmagyarentums, Sektion Deutschland, Landesgruppe München“ selbst mit auf.

Die zutiefst antisemitische und romafeindliche Partei „Jobbik“ (deutsch: „Bewegung für ein besseres Ungarn“) gründete sich 2003. Bei den ungarischen Parlamentswahlen im Frühjahr 2014 erreichte sie 20,5 Prozent und bei den Europawahlen im Mai knapp 15 Prozent der Stimmen. Bei ihren „Bürgerversammlungen“ in Budapest verkauft die Partei Rotweinflaschen mit den Porträts von Adolf Hitler und dessen Verbündeten, dem ungarischen Faschistenführer Ferenc Szálási. Der „Jobbik“-Abgeordnete Marton

Unterstützt NSU-Watch NRW

Seit Anfang November gibt es in NRW den vom Landtag eingesetzten „Parlamentarischen Untersuchungsausschuss“ (PUA) zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ NSU. Die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses werden vermutlich Anfang 2015 beginnen.

So sehr es zu begrüßen ist, dass es in NRW endlich einen Untersuchungsausschuss gibt – mindestens zwei Bombenanschläge in Köln und die Ermordung von Mehmet Kubaşık in Dortmund gehen auf das Konto des NSU - sein Erfolg wird maßgeblich davon abhängen, wie groß das öffentliche Interesse und der öffentliche Druck zur Aufklärung ist.

Denn weder sind die drei bisher bekannten Anschläge in NRW wirklich aufgeklärt, noch ist die Frage des UnterstützerInnennetzwerkes und eventueller MittäterInnen bisher ausreichend untersucht worden. Das gilt ebenso für die Rolle der Geheimdienste, insbesondere des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, sowie das Wirken von Polizei und Staatsanwaltschaften.

Um die Arbeit des PUA kritisch zu begleiten, haben sich Aktive aus antirassistischen und antifaschistischen Initiativen sowie Einzelpersonen zum Projekt NSU-Watch NRW zusammengeschlossen. Wir werden die öffentlichen Sitzungen des PUA besuchen und zeitnah Zusammenfassungen der Sitzungen im Internet veröffentlichen. So soll eine umfassende Dokumentation entstehen, die es ermöglicht, den PUA in seiner Gesamtheit zu verfolgen.

Darüber hinaus werden wir unser Wissen und unsere Analysen über die Entwicklung und Strukturen der neonazistischen Szene zur Verfügung stellen. Es gibt es in NRW eine Reihe weiterer nicht aufgeklärter Anschläge, die deutliche Parallelen zu den NSU-Anschlägen aufweisen und unbedingt in die Untersuchung einbezogen werden müssen, wie z.B. der Bombenanschlag 2000 in Düsseldorf-Wehrhahn, oder Sprengfallen- und Paketbombenanschläge in Köln Anfang der 90er Jahre.

NSU-Watch NRW wird zudem versuchen den Forderungen und Sichtweisen der von den NSU-Taten und den rassistisch geprägten Ermittlungen Betroffenen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.

Für diese Arbeit brauchen wir Eure finanzielle Unterstützung!

NSU-Watch NRW ist ein personell, politisch und organisatorisch unabhängiges Projekt. Um eine effektive, kritische Begleitung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu gewährleisten, sind wir auf Spenden angewiesen.

Konto: apabiz e.V. • Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE46 1002 0500 0003 32080 3 • BIC: BFSWDE33BER • Stichwort: NRW Spenden an NSU-Watch NRW sind steuerlich absetzbar.

Nichts und niemand ist vergessen!



Silvio Meier hatte noch so viel im Leben vor, doch in einem Berliner U-Bahnhof wurde der Quedlinburger vor 21 Jahren von Neonazis ermordet. Der 21. November wird für viele ein Tag wie jeder andere sein – nicht aber für die Quedlinburger Brigitte und Ronald Meier. Vor 21 Jahren verloren sie ihren jüngeren Sohn. Silvio Meier wurde in der Nacht vom 20. zum 21. November 1992 am Berliner U-Bahnhof Samariterstraße von Neonazis ermordet. (…) Dass Silvio aus seiner Ablehnung gegen rechtes Gedankengut keinen Hehl machte, sei unbestritten. Zu oft gab es auch schon vor dem 21. November 1992 Auseinandersetzungen mit den Neonazis. Sie begannen bereits am 17. Oktober 1987 in der Zionskirche. Das Punk-Konzert mit „Die Firma“ aus Ost-Berlin sowie „Element of Crime“ aus Westberlin im Ostberliner Gotteshaus wurde von Neonazis überfallen – und die Polizei schaute zu. Schließlich hätte es nach sozialistischem Denken keine Nazis geben dürfen. Was übrigens die wenigsten erfuhren: Das Konzert hatten Silvio und Ingo Meier gemeinsam organisiert. Letzterer wohnte damals in Westberlin. Erst Wochen vor dem Konzert hatte Silvio auf dem Olof-Palme-Friedensmarsch Christiane Schideck kennengelernt, die spätere Mutter des gemeinsamen Sohnes Felix. (…) In einer Phase des aufkommenden Rechtsextremismus wurde Silvio schließlich das sinnlose Opfer von rechter Gewalt. Nach einem verbalen Streit zuvor griffen Neonazis Silvio und seine Freunde mit Messern an. Zwei von ihnen wurden schwer verletzt, für den Quedlinburger kam jede Hilfe zu spät. *http://dokmz.wordpress.com* ■

Gyöngyössi verlangte im Parlament, dass die Abgeordneten eine eventuelle jüdische Glaubenszugehörigkeit offenlegen müssten, weil diese für Ungarn ein „Sicherheitsrisiko” darstelle.

Bayerische und ungarische Neofaschist_innen pflegen seit vielen Jahren intensive Beziehungen. Münchner Neonazis nehmen immer wieder in Ungarn an Veranstaltungen neofaschistischer Gruppen teil, z. B. am jährlichen „Tag der Ehre” in Budapest. Am 20. April (!) 2011 reiste eine Delegation von „Blood & Honour Hungaria“ (BHH) auf Einladung Münchner Neoazis nach Oberbayern. Auf dem fünftägigen Besuchsprogramm standen die Ausstellung „Nationalsozialismus in München“ im Stadtmuseum, die Feldherrnhalle und Bauten des NS-Staats in München, Herrsching und Berchtesgaden.

Robert Andreasch (a.i.d.a. e. V.) warnt: „Die Neofaschisten planen offensichtlich den Aufbau einer Münchner Zelle der neofaschistischen ‚Jobbik‘. Die Landeshauptstadt und der Stadtteil Berg am Laim dürfen eine solche Entwicklung nicht hinnehmen!

www.aida-archiv.de ■

Nazi-Forderung nach Auflistung der Dortmunder Juden

VVN-BdA: Man möge ihnen die historischen Zahlen der „Endlösung“ vorlegen – Dann wissen sie, was ihresgleichen anrichtet.

Der VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander, selber ein Dortmunder, erklärte: „Ihrem Terror auf der Straße stehen die Provokationen der „Partei Die Rechte“ in Bezirks- und Stadtparlamenten in nichts nach: Ihre Flut von Anfragen ist von Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung geprägt. Die Anfrage nach den zurzeit in Dortmund lebenden Juden ist in ihrer Perfidie kaum zu übertreffen.“

Die VVN-BdA wiederholt ihre Forderung nach dem Verbot dieser so genannten „Partei“. Es ist zu verurteilen, dass sich diese Nachfolgeorganisation verbotener Organisationen sowie der NSDAP überhaupt entfalten konnte. Wir fordern vom Rat der Stadt Dortmund: „Weisen Sie öffentlich darauf hin, dass keine offiziellen Erhebungen über die Zahl von Juden in Dortmund vorliegen und vorliegen werden. Die letzten Zahlen stammen aus der Zeit der Deportationen der Juden in die Vernichtungslager der Nazis. Danach wurden laut Gedenkstätte Steinwache aus dem Regierungsbezirk Arnsberg 5000 Jüdinnen und Juden jeden Alters deportiert. Allein aus Dortmund ist bekannt, dass 2500 dieser Menschen von den Anhängern der Vorläuferpartei der „Partei Die Rechte“, der NSDAP, ermordet wurden. 1945 waren noch 50 Juden da, die die Dortmunder jüdische Gemeinde wiederbegründeten.“ ■

Belgien:

Rechts-Rechts-Regierungskoalition – Nazisprüche ohne Ende, harte soziale Einschnitte und erste heftige Proteste

Antinational geht auch anders – anders als das, was man in Deutschland (seit 1990) allgemein unter diesen Begriff fasst. Auf den ersten Blick klingt es durchaus originell, wenn ein frischgebackener Staatssekretär für Migrations- und Asylpolitik in der Presse mit den Worten zitiert wird: „Ich hasse meine Nationalität." Die Nachricht entpuppt sich jedoch schnell als negativ. Denn zwar äußerte der am Samstag, den 11. Oktober dieses Jahres gemeinsam mit dem Rest der neuen Regierung, welcher er angehört, vereidigte Staatssekretär Theo Francken tatsächlich wörtlich: „Ik haat mijn nationaliteit". Das war in der vergangenen Legislaturperiode, als Francken noch als Abgeordneter im belgischen Bundesparlament saß.

Belgienhasser… doch völkischer Flame

Doch der schlechte Teil der Information folgt auf dem Fuße. Denn wenn Theo Francken die belgische Staatsangehörigkeit „hasst", dann vor allem deswegen, weil er – und einige Andere mit ihm – statt des mehrsprachigen belgischen Bundesstaats lieber ein rein niederländischsprachiges, völkisch durchorganisiertes Flandern entstehen sähen. Der Rest des 1830 als Pufferstaat zwischen der britischen und der französischen Einflusssphäre in Europa gegründeten Königreichs, also das französischsprachige Wallonien sowie die gemeinsame Hauptstadt Brüssel, dürften dann eben gucken, wo sie bleiben.

Es ist also beileibe kein Vertreter des Multikulturalismus, der in der Person von Theo Francken auf dem Sitz des Staatssekretärs für Migration und Asyl Platz genommen hat. Im Gegenteil. Immer mehr Einzelheiten kamen rund um die Ernennung des neuen Regierungsmitglieds ans Tageslicht. So hatte Francken in einer E-Mail im Mai 2007 behauptet, wenn es zu Aggressionen gegen Schwule in Brüssel komme, dann „hat das nichts mit uns zu tun", wobei mit „uns" wahlweise Belgier oder auch Flamen gemeint waren, sondern damit, dass zu viele „marokkanische Deppen" im Land lebten. Er fügte hinzu: „Alle Moslems raus aus Brüssel? Das wäre amüsant."[1]

An anderer Stelle hatte Theo Francken in jüngerer Vergangenheit auch ausgeführt, „Kongolesen, Algerier und Marokkaner" seien „keine Bereicherung für Belgien"[2]. Vor diesem Hintergrund kündigte die kongolesische Gemeinschaft in Belgien an, eine Kampagne – mit einem „Aktionstag" als Höhepunkt – gegen den frisch ernannten Staatssekretär Theo Francken durchzuführen[3]. (Die heutige „Demokratische Republik Kongo"/RDC, früher einmal Belgisch-Kongo und zwischen 1972 und 1997 Zaire, war die wichtigste Kolonie des Königreichs Belgien.)

Doch es kam noch dicker. Am selben Wochenende (11/12. Oktober 2014), an dem die neue Regierung ihren Amtseid beim belgischen König Philippe ablegte, begab Theo Francken sich zu einer Geburtstagsfeier, an der rund 20 illustre Gäste teilnahmen – unter ihnen noch weitere Parteifreunde Franckens. Es handelte sich um den neunzigsten Geburtstag des flämischen Politikers Bob Maes[4]. Der Greis gehört heute zwar derselben Partei an wie Francken selbst und noch weitere Gäste an, also der 2001 entstandenen „Neuen flämischen Allianz" (N-VA), für welche seine Tochter Liève im belgischen Senat sowie im flämischen Regionalparlament sitzt. Bob Maes begann seine Karriere jedoch wesentlich früher.

Staatssekretär zu Besuch beim Naziopa

Während des Zweiten Weltkriegs, dessen Ausgang er im Alter von 16 erlebte, gehörte er unter anderem der „Nationalsozialistischen Jugend Flanderns" (NSJV) an. Als Jugendsünde oder Verirrung in jungen Jahren betrachtet hat er dies zu keinem Zeitpunkt, denn er setzte seinen Kampf für germanisch-völkische Ideale und den flämischen Nationalismus in seinem späteren Leben zunächst bruchlos vor. Bekannt wurde Maes vor allem dadurch, dass er 1949/50 den Vlaamsen Militante Orden (VMO) gründete, eine paramilitärische rechtsextreme Organisation, die für eine Unabhängigkeit Flanderns und eine Amnestie aller flämischen NS-Kollaborateure eintrat. Diese löste er im Juni 1971 auf. Fortan war der stinkende Naziopa, pardon; war der werte Herr nur noch bei der flämisch-nationalistischen Volksunie aktiv, deren Führung er seit ihrer Gründung 1954 parallel zu seinen militanten Aktivitäten angehört hatte – es handelte sich um eine breite Sammlungspartei des Jammerflamentums, die damals ein Spektrum von der rechten Mitte bis hin zu militanten Faschisten umfasste. Aus ihren Trümmern entstand 2001 die aktuelle belgische Regierungspartei N-VA; und aus einer Abspaltung von ihr ging 1977/78 der neofaschistische Vlaams Blok hervor, der heutige Vlaams Belang („Flämisches Interesse").

In den letzten Jahren hat der Aufstieg der N-VA, die als eine Variante der völkisch-konservativen Rechten – ähnlich der ungarischen Regierungspartei FIDESZ – gelten darf, den neofaschistischen Vlaams Belang zunehmend marginalisiert und nahezu zu einer Splitterpartei herabgestuft. Noch bei den Europa- und Regionalparlamentswahlen 2004 hatte der VB, zu dessen dauerhaften Verbündeten etwa der französische Front National und die deutsche Partei „Pro NRW" zählen, in Nordbelgien, also dem flämischen Landesteil, 23 respektive 24 Prozent der Stimmen erhalten. Bei der diesjährigen Europaparlamentswahl stürzte der VB hingegen im niederländischen „Wählerkolleg" – die Stimmabgabe erfolgt nach Sprachgruppen getrennt – noch 6,76 Prozent, das ergab landesweit nur 4,3 Prozent. Zeitgleich vollzog sich der Aufstieg der „Neuen Flämischen Allianz" unter ihrem Anführer Bart de Wever.

Abgespeckt doch hässlich: Parteichef de Wever

Der 43jährige amtiert seit 2012 als Bürgermeister von Antwerpen. Dort hatte der Vlaams Belang ihm eine örtliche Koalition angeboten, mit dem Argument, dass die rechtsextreme Partei „über lange Jahre gesät hat, was die N-VA und Bart de Wever nun ernten können", so ihr früherer Chef Filip Dewinter. De Wever entschied sich jedoch für eine Rathauskoalition mit den flämischen Christdemokraten und Liberalen. Im selben Jahr hatte er über 42 Kilogramm auf einen Schlag abgenommen, was seine Ambitionen unterstreichen sollte, zum politischen Karrieresprung durchzustarten.

Nunmehr scheint er weitgehend am Ziel seiner Träume. Noch nicht, was das politische Fernziel seiner Partei betrifft, den belgischen Bundestaat „verdampfen" zu lassen, während der VB verbalradikal „Belgien bersten" lassen möchte. Aber auf Bundesebene darf die flämisch-nationalistische Partei nun mitregieren. Und da ihr unter anderem das Innenministerium überantwortet wurde, unterstehen nunmehr 90 Prozent der belgischen Bundesbeamten der Partei, die dieses aus dem Süden der einstmaligen „Spanischen Niederlande" gebildete Land am liebsten alsbald aufspalten würde. Ihr unterstehen nunmehr auch Armee, Polizei sowie Geheimdienste.

„Die Schwedische"

Der Regierungseintritt der N-VA wurde dadurch möglich, dass die flämischen und die wallonischen Wirtschaftsliberalen – in Gestalt der französischsprachigen Partei MR („Reformbewegung") und der niederländischsprachigen Open VLD, welche ungefähr mit der deutschen FDP vergleichbar wären, falls diese denn Erfolg hätte – sowie flämische Christdemokraten sich dazu entschlossen, eine „rein wirtschaftsorientierte Regierung" zu bilden. Diese hört nun auf den Namen „Die Schwedische", denn die Koalition vereinigt die Parteifarben blau für die Wirtschaftsliberalen und gelb bei den flämischen Nationalisten sowie die Christdemokraten der CD&V mit einem Kreuz als Erkennungszeichen.

Es war eine Richtungsentscheidung, die zum Ausschluss der Sozialdemokratie aus dem neuen Kabinett führte. Bislang hatte diese, unter dem französischsprachigen Premierminister Elio Di Rupo, eine Regierung gemeinsam mit Christdemokraten und Liberalen beider Sprachgruppen gebildet. Doch dann entschlossen sich führende Politiker und Wirtschaftskreise, mit dem großkoalitionären Konsens müsse nun endlich Schluss sein. Angeführt wird die neue Regierung vom erst 38jährigen Premierminister Charles Michel vom Mouvement Réformateur (MR).

Seitdem hat sich das Land wesentlich stärker polarisiert als zuvor. Es begann bei der ersten Sitzung des Parlaments nach der Regierungsbildung, die am Montag, den 14. Oktober 2014 stattfand[5]. Abgeordnete der Oppositionsparteien empörten sich über Aussprüche mehrere Regierungsmitglieder. Dazu zählten nicht nur vergangene Zitate des berüchtigten Theo Francken, sondern auch ein frischer Ausspruch des neuen Innenministers Jan Jambon von der N-VA. Er hatte gemeint, erklären zu müssen, flämische NS-Kollaborateure hätten „gute Gründe gehabt", womit er die angebliche oder damals auch tatsächliche Benachteiligung Flanderns gegenüber dem damals reicheren und heute ärmeren Südbelgien meinte. Bei der ersten Parlamentssitzung ging es deswegen drunter und drüber, und der Fraktionsvorsitzende der N-VA Hendrik Vuye monierte ein „Treiben wie im Kindergarten".

Sein Parteichef Bart de Wever weilte zu dem Zeitpunkt in China. Als er bei seiner Rückkehr aus dem Flugzeug stieg, war sein erster Kommentar, zwar sei die NS-Kollaboration flämischer Nationalisten „ein Fehler" gewesen, aber dieser sei nun einmal vielen Leuten unterlaufen: „Joseph Ratzinger war Hitlerjunge, François Mitterrand war Kollaborateur." De Wever beendete den Austausch mit dem Journalisten Tim Pauwels, indem er das Thema vom Tisch wischte: „Darf ich mich bitte um die Probleme dieses Jahrhunderts kümmern, statt um die des vergangenen Jahrhunderts?" Die Vorgänge im Parlament charakterisierte er als „Fischmarkt".

Regierungserklärung: Rechts marsch!

Inhaltlich bringt die Regierungsvereinbarung viel Erwartbares, etwa den Bau zusätzlicher Plätze in Abschiebegefängnissen. Theo Francken hatte im April dieses Jahres von der damaligen Regierung gefordert, Abschiebegefangene neben dem Inland auch in den benachbarten Niederlanden unterzubringen. Nunmehr versicherte er aber scheinbar beruhigend: „Es geht darum, kriminelle illegale Ausländer abzuschieben und nicht gut integrierte, die in Bereichen beschäftigt sind, in denen wir Arbeitskräftemangel haben". Aber auch manches eher Unerwartete steht im Koalitionsvertrag.

In der Vereinbarung zur Innenpolitik, die von Amnesty international und der Liga für Menschenrechte (LDH) als „beunruhigend" bezeichnet wird, findet sich ein vage gehaltenes Kapitel zur „Bekämpfung von Radikalisierung". Damit sind zwar auch Jihadisten gemeint, aber mutmaßlich beileibe nicht nur, lässt sich die Interpretation dieses Begriffs doch ganz im Sinne der berüchtigten so genannten „Extremismustheorie" ziemlich weit ausdehnen. Da kam es doch sozusagen wunderbar passend, dass die beiden völkischen Innenpolitiker – sofern die Nachricht denn tatsächlich zutrifft – Theo Francken und Jan Jambon Ende Oktober „nach eigenen Angaben" Todesdrohungen von radikalen Islamisten bekommen haben sollen[6]. Nun ja: vielleicht stimmt's, vielleicht stimmt auch kein Wort daran…

Am selben Ort findet sich im Koalitionsvertrag auch eine Passage, die explizit Armeeeinsätze im Inneren zur Unterstützung der Polizei vorsieht. Ferner soll es zusätzliche Haftplätze geben, wobei Bart de Wevers Vorschlag aus dem Wahlkampf, gleich ein ausgelagertes belgisches Gefängnis in Marokko zu errichten, nicht durchkam.

Dies Alles droht allerdings, vor allem im flämischen Landesteil durchaus stellenweise populär zu sein. Rassismus ist dort in Teilen der Gesellschaft fest verankert. Kritische Stimmen behaupten, Tierschutz sei dort ein Anliegen, das allemal erst genommen würde als die Menschenrechte von Migranten[7]… Und ein Test hat ergeben, dass es in Flandern sowie zum Teil auch in Brüssel (bei manchen Taxigesellschaften) einwandfrei möglich ist, ein Taxi beim Anbieter zu reservieren unter der ausdrücklichen Maßgabe, es müsse einen „weißen Fahrer" aufweisen[8]. Was natürlich auch in Belgien illegal ist und einen Verstoß gegen einschlägige gültige Antidiskriminierungsvorschriften darstellt. Besonders in Flandern hat jedoch die so genannte „nationale Identität" sehr lange Zeit hindurch die sozialen Widersprüche überdeckt und zugekleistert, so dass impliziter und auch expliziter Rassismus die Atmosphäre nachhaltig vergiften konnte.

Dazu trug ein geschichtlich begründetes, aber längst überholtes Benachteiligungsgefühl im flämischen Landesteil bei, aber auch die historische Schwäche der Arbeiterbewegung in Flandern (wo die Sozialdemokratie in der jüngeren Geschichte nie über einen Fünfzehn-Prozent-Anteil hinauskam). Die belgische Bourgeoisie war historisch derart strukturiert, dass französischsprachige Kreise den Ton angaben und Flämisch als Sprache von „Bauerntrotteln" durchging; es war im Jahr 1917 in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs, wo erstmals flämische Soldaten sich gegen diese reale Benachteiligung erhoben. Seit den 1960er und 1970er ist jedoch Flandern, das heute auch der bevölkerungsreichere Landesteil ist (und rund 60 Prozent der Einwohner/innen Belgiens stellt), längst der wohlhabendere und wirtschaftlich dynamischere Teil Belgiens geworden, infolge von Umstrukturierungen und dem Niedergang von Kohle- und Stahlindustrie. Materiell ist also das permanente flämische Gejammere über die eigene Lage seit Jahrzehnten unbegründet. Hinzu kommt jedoch auch, dass die belgische Bourgeoisie historisch für ein Modell optiert hatte, bei dem es in Flandern keine größeren industriellen Konzentrationen gab, sondern nur über ländliche Zonen und kleinere Städte verstreute Klein- und „mittelständische" Betrieb: Dies sollte das Aufkommen einer Arbeiterbewegung, durch geographische Zersplitterung der Arbeiterschaft, im nördlichen Landesteil verhindern. Die historische Rache dafür ist nun, dass der Nationalismus in Flandern (neben bürgerlich-liberalen Kräften) eine politisch und sozial dominierende Position gewonnen hat und bis heute einnimmt.

Den dicksten Bock zum Gärtner berufen

Zum Leiter des Antidiskriminierungszentrums (Centre interfédéral d'égalité des chances, ungefähr „bundesweites Zentrum für Chancengleichheit") erhob die Koalitionspartei N-VA eines ihres Mitglieder, den Juraprofessor und Verfassungsrechtsexperten Matthias Storme, der als ausgewiesener Gegner jeglicher Diskriminierungsbekämpfung gilt. 2004 musste er seinen damaligen Platz in der Parteiführung der N-VA räumen, weil er infolge der damaligen höchstrichterlichen Verurteilung des rechtsextremen Vlaams Blok – die Partei war als rassistisch beurteilt und deswegen von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen worden, weshalb sie sich flugs umbenannte

und in den Vlaams Belang umwandelte – erklärt hatte, dieses Urteil verpflichte ihn moralisch quasi zu einer Stimmabgabe für diese neofaschistische Partei. Am 27. Oktober d.J. zitiert die belgische Zeitung De Morgen ihn ferner mit der früher getätigten Äußerung, es sei „ein Grundrecht, zu diskriminieren“ [9]. In einem Presseinterview vom 6. November 2014 bekräftigt Storme seine Position. „In Belgien verwechselt man“, ihm zufolge, „Recht mit Moral“. Aber, fährt er fort, „ein Arbeitgeber muss frei sein, seine Angestellten ganz nach seinen Interessen auszuwählen, weil er sonst die Konsequenzen ertragen muss“ [10].

Soziales: Streik, Streik, Streik!

In sozialer und wirtschaftspolitischer Hinsicht droht an vielen Stellen ein rabiater Kahlschlag. Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen sind in weiten Bereichen von der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, deren Name nun in der Presse immer wieder fällt, inspiriert worden. In Teilen der flämischen Gesellschaft ist dies jedoch durchaus populär, ist man doch dort der Auffassung, die Wallonen und die Ausländer würden schon zahlen. Da der südliche Landesteil aufgrund seiner sozialen Struktur, mit dem Niedergang der früheren in Wallonien ansässigen Schwerindustrie, bislang mehr Leistungen aus der Kranken- und der Arbeitslosenkasse bezieht als das dank Häfen und Dienstleistungsindustrie relativ boomende Flandern, sollten die armen Schlucker nun ruhig zur Kasse gebeten werden.

Am 5. November 2014 berichteten die beiden Zeitungen Het Nieuwsblad und De Standaard, Langzeitkranke erhielten ab Anfang 2015 künftig bis zu 269 Euro im Monat weniger, da es ihnen künftig nicht länger erlaubt wird, den Bezug von Arbeitslosengeld mit einer Leistung der Krankenkasse zu kombinieren. Die belgische Linkspartei PTB – eine früher einmal maoistische Formation, die in den letzten Jahren einen Öffnungsprozess durchlaufen hat und derzeit ein relativ breites Echo genießt; von ihr kam auch die Information über den Besuch von Staatssekretär Francken beim Naziopa Bob Maes – publizierte bereits am 15. Oktober diese Jahres Zahlen zu den eingeleiteten „Reformen“ bei den Pensionen. Dieses bedeuteten bis zu 300 Euro monatlich weniger für Rentnerinnen und Rentner. Zudem soll das gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben werden, auf 66 im Jahr 2025 und dann zügig weiter auf 67 binnen Ablauf von fünf Jahren (also bis 2030).

Als Erste protestierten Beamte dagegen, die mit am härtesten von den neuen Rentenregelungen getroffen werden, und Polizisten traten während der Herbstferien am Flughafen von Brüssel in einen Bummelstreik bzw. leisteten „Dienst nach Vorschrift“. Bei der staatlichen Bahngesellschaft SNCB wurde beschlossen, Teilnehmer/innen an „wilden Streiks“ – denn die ersten Arbeitsniederlegungen fanden ohne Unterstützung durch einen der gewerkschaftlichen Dachverbände statt[11] – in einem beschleunigten Verfahren mit Disziplinarstrafen zu belegen[12]. Wie am 22. Oktober 2014 durch die Zeitung L'Echo bekannt wurde, sollen solche Sanktionen künftig innerhalb von zehn Tagen verhängt werden.

Am 6. November 2014 fanden dann in weiten Bereichen, etwa sämtlichen öffentlichen Verkehrsbetrieben, massiv befolgte Streiks statt. Am selben Tag riefen die beiden wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände, die sozialdemokratisch geführte FGTB mit gut einer Million Mitgliedern, aber auch der ansonsten eher zahme christliche Gewerkschaftsbund CSC mit nominell 1,7 Millionen Beitragszahler/inne/n [13], zu einer Demonstration in der Hauptstadt Brüssel. Dazu kamen rund 120 000 Menschen. Gemessen an der Einwohner/innen/zahl des Landes ist dies mit einem Protestzug von über einer halben Million Menschen in Paris oder knapp eine Million in Berlin vergleichbar. Die Demonstration wurde vielfach als „historisch“ bezeichnet [14].

Am Rande der Demonstration schepperte es im Laufe des Nachmittags auch tüchtig, jedenfalls für belgische Verhältnisse; zwei Autos wurden umgeworfen, Mülltonnen in Brand gesetzt, und Wurfgeschosse flogen auf die Polizei. Dafür machten die Medien zum Teil „Anarchisten“ verantwortlich. So sehr viele militante Anarchos gibt es freilich in Belgien überhaupt nicht (in Brüssel gibt es jedoch eine sich als „autonome“ bezeichnende Szene, die überwiegend aus Antiimps der Uralt-Schule besteht). Allerdings ergibt sich aus vielen Berichten auch, dass militante Rechtsextreme ihrerseits eine Rolle bei den Ausschreitungen spielten, an denen sich insgesamt 1000 bis 2000 Personen beteiligt haben sollen[15]. Bei ihnen spielten Hafenarbeitermilieus aus Antwerpen eine wichtige Rolle, unter denen der Vlaams Belang traditionell stark verankert ist. Möglicherweise will die extreme Rechte also ihre nationalistischen Konkurrenten einer Bewährungsprobe aussetzen und sie zu einer autoritäreren Politik zwingen. Die antifaschistische Webseite Resistances.be berichtete, einige dieser Hafenarbeiter hätten am Rande der Demonstration marokkanischstämmige Einwohner von Brüssel sowie einen politischen Flüchtling aus Lateinamerika körperlich angegriffen[16]. Auch Angehörige der „Autonomen Nationalisten Flandern“ sowie der in Brüssel und Wallonien ansässigen, „national-solidaristischen“ Gruppierung namens Nation wurden demnach gesichtet.

Bei der belgischen Staatsbahn läuft seit dem 07. und noch bis zu diesem Sonntag, den 23. November weiterhin ein genereller Streikaufruf einer Gewerkschaft, die dadurch Arbeitsniederlegungen rechtlich abdeckt und ihnen ihren „wilden“ Charakter nimmt. Am Montag, den 24. November 2014 wird in vier Provinzen Belgiens – Lüttich, Luxemburg, Limburg und Antwerpen – erneut zum Streik geblasen. Im Vorfeld kursieren wilde Gerüchte, die offenkundig durch die politische Rechte in die Welt gesetzt wurden, dabei wird sogar mit „möglichen Toten“ bei angeblich bevorstehenden Auseinandersetzungen gedroht[17]. Und am 15. Dezember d.J. soll es sogar einen Aufruf zum Generalstreik von drei Gewerkschaftsdachverbänden geben[18].

Ein Kommentator in der französischsprachigen Brüsseler Zeitung Le Vif-L'Express sieht die „Gefahr eines gespaltenen Landes: Marx kontra Thatcher“ heraufziehen[19]. Wenn dem nur so wäre, dann müsste man sich darüber jedoch höchst erfreuen zeigen, auch wenn die Vision eines in derart breiten Kreisen geteilten Marxismus doch sehr optimistisch ausfällt. Besser als die ewige Teilung in Sprachgruppen – in nunmehr triumphierende Jammerflamen, Wallonen, Brüsseler und deutschsprachige Ostbelgier/innen – wäre es allemal. Auf diese Weise könnte das Land endlich eine Zukunft finden.

Bernard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/petits-cons-marocains-un-e-mail-douteux-de-francken-refait-surface-une-elue-ecolo-porte-plainte/article-normal-317087.html?utm_source=Newsletter-18/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
2 Vgl. http://brf.be/nachrichten/national/814096/
3 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/la-communaute-congolaise-appelle-a-une-journee-d-action-nationale-contre-theo-francken/article-normal-323221.html?utm_source=Newsletter-31/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
4 Vgl. bspw. http://www.levif.be/actualite/belgique/theo-francken-etait-present-a-l-anniversaire-du-fondateur-de-la-milice-d-extreme-droite-vmo/article-normal-316559.html?utm_source=Newsletter-14/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBAVULV&M_BT=1804051092693 oder, mit Foto und auf Flämisch, unter http://www.knack.be/nieuws/belgie/francken-en-weyts-op-viering-ex-vmo-leider-bob-maes-en-dan/article-normal-436521.html
5 Vgl. u.a. http://www.levif.be/actualite/belgique/un-gros-chahut-ouvre-une-legislature-de-confrontations/article-normal-316615.html?utm_source=Newsletter-14/ 10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBAVULV&M_BT=1804051092693
6 Vgl. http://www.europeonline-magazine.eu/todesdrohung-gegen-belgischen-innenminister_361371.html
7 Vgl. wörtlich unter http://www.levif.be/actualite/belgique/les-flamands-eprouvent-manifestement-plus-d-empathie-pour-les-animaux-que-pour-les-immigres/article-normal-322855.html?utm_source=Newsletter-29/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
8 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/les-flamands-eprouvent-manifestement-plus-d-empathie-pour-les-animaux-que-pour-les-immigres/article-nor-

Russisches Geld für den Front National (FN)

Die Faszination der Anführer/innen des französischen Front National (FN) für die derzeitigen Machthaber Russlands ist bekannt; vgl. dazu ausführlich unseren Artikel in AN Nummer 08/2014[1] und 13/2014[2]. Dabei vermengen sich sicherlich Bewunderung für das machtpolitisch selbstbewusste Auftreten etwa gegenüber den USA, Begeisterung für die autoritäre Innenpolitik der russischen Machthaber – und für die Art und Weise, wie diese seit 1994 das „Moslemproblem“ in Tschetschenien ihrer ganz eigenen „Lösung“ zuführten.

Nun kommt zu der Sache jedoch auch noch eine finanzielle Komponente hinzu. Denn wie sich in den letzten Tagen herausstellte, erhielt der Front National auch eine Finanzierung mit russischem Hintergrund. Allerdings nicht von den politischen Machthabern selbst und direkt, sondern mittels einer russischen Bank, und zwar der First Czech Russian Bank (FCRB), die heute durch den russischen Geschäftsmann Yakubowisch Popow kontrolliert wird. Es handelt sich um einen Bankier mit politischen Verbindungen, so hatte er bspw. im Jahr 2011 den Co-Vorsitz bei den offiziellen Feierlichkeiten zum fünfzigsten Jahrestag des sowjetischen Weltraumflugs von Yuri Gagarin inne – neben dem amtierenden Premierminister.

Diese Bank gewährte der französischen Partei nun einen Kredit in Höhe von neun Millionen Euro, von denen dem Vernehmen nach ein Anteil von zwei Millionen bereits ausbezahlt worden ist. Die Chose wurde durch einen Artikel des eher linken Online-Nachrichtenmagazins Mediapart vom Samstag, den 22. November 2014[3] öffentlich und ging danach durch die ganze französische Presse. Marine Le Pen beruft sich darauf, sämtliche französischen Banken hätten ihrer Partei eben einen Kredit verweigert, und da habe man sich frisches Geld eben im Ausland gesucht. Die Vorsitzende des FN rechtfertigte sich daraufhin am Sonntag4. Und stellt die Dinge so dar, als handele es sich um ein rein finanzielles Kreditgeschäft und einen im Kern unpolitischen Vorgang.

Dabei wurde der Vorgang jedoch anlässlich eines hochpolitischen Besuchs der rechtsextremen Politikerin in Russland eingefädelt. Marine Le Pen hielt sich in jüngster Zeit zweimal offiziell in dessen Hauptstadt Moskau auf, im Juni 2013 und im April 2014. Bei beiden Malen traf sie dabei (u.a.) mit dem amtierenden Parlamentspräsidenten Sergei Naryschkin zusammen, welcher ihr am 12. April 2014 ausdrücklich zum „guten Abschneiden“ der extremen Rechten bei den französischen Rathauswahlen von Ende März d.J. gratulierte. Doch wie Mediapart enthüllt, absolvierte sie noch eine weitere Reise, die nicht offiziell angekündigt wurde, im Februar dieses Jahres. Dabei traf sie mit dem Duma-Abgeordneten Alexander Michaoliwitsch Babakow zusammen – und in der Folge, schreibt das Nachrichtenmagazin, auch mit Wladimir Putin selbst. Aus diesem Anlass, so fährt der Bericht fort, sei das Kreditgeschäft eingefädelt worden. Also tatsächlich auf höchster Ebene.

Babakow ist als Berater von Russlands Präsident Putin für die Beziehungen zu den russischen Auslandsorganisationen befasst, und als Kommissionspräsident mit der Entwicklung der russischen Militärindustrie befasst. Er steht auf der Sanktionsliste der Europäischen Union.

Als französischer Mittelsmann diente dabei der elsässische FN-Funktionär Jean-Luc Schaffhauser, früherer Berater beim Rüstungsunternehmen Dassault (und ehemaliger Aktiver der bürgerlichen Rechten), welcher daraufhin auf den dritten Listenplatz des FN im Raum Paris bei den Europaparlamentswahlen vom 25. Mai d.J. gehievt wurde und nunmehr dem Europäischen Parlament angehört. Schaffhauser ist in jüngerer Zeit vielfach als Lobbyist der russischen Machthaber unterwegs gewesen. Er hat als Beobachter an der so genannten Volksabstimmung – unter russischer Kontrolle – auf der Halbinsel Krim am 16. März 2014 sowie bei den Pseudo-Wahlen der Milizen „prorussischer“ Separatisten in der Ostukraine am 2. November d.J. teilgenommen. Unabhängige Beobachter/innen oder internationale Presse waren dort nicht vertreten.

Beim Referendum auf der Krim im März dieses Jahres war noch ein anderer FN-Politiker mit dabei, Aymeric Chauprade, der nun seit Mai d.J. die Gruppe französischer FN-Abgeordneter im Europaparlament (die bislang fraktionslos bleiben) anführt. Chauprade ließ am Wochenende in der französischen Presse verlautbaren, er habe mit der Einfädelung des Kreditgeschäfts über neun Millionen Euro nichts zu tun, und die Kontakte Schaffhausers in Russlands seien „nicht die seinen“. Was bedeutet – sofern es denn zutrifft -, schlussfolgert Le Monde, dass es mindestens zwei parallele und eventuell konkurrierende „pro-russische Netzwerke“ beim FN gebe.

BS, Paris

1 Siehe unter: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/archiv/2014/ausgabe_8_2014/detail/artikel/putin-schlaegt-swoboda/
2 Siehe hier: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/archiv/2014/ausgabe_12_13_2014/detail/artikel/europaeische-rechtsextreme-versammeln-sich-mit-russischen-nationalideologen-fn-fpoe-ataka/
3 Vgl. http://www.mediapart.fr/journal/france/221114/marine-le-pen-decroche-les-millions-russes
4 Vgl. etwa http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/11/23/marine-le-pen-justifie-le-pret-russe-du-fn_ 4528041_823448.html

---

mal-322855.html?utm_source=Newsletter-29/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
9 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/un-adversaire-de-la-loi-anti-discrimination-nomme-administrateur-du-centre-pour-l-egalite-des-chances/article-normal-322457.html?utm_source=Newsletter-27/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
10 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/matthias-storme-en-belgique-on-confond-la-morale-et-le-droit/article-normal-324037.html?utm_source=Newsletter-06/11/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBAVULV&M_BT=1804051092693
11 Vgl. http://www.lavenir.net/article/detail.aspx?articleid=DMF20141020_00546362
12 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/la-sncb-accelere-les-sanctions-pour-les-participants-a-des-greves-sauvages/article-normal-321829.html?utm_source=Newsletter-22/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
13 Vgl. dazu ein ein gemeinsames Interview mit ihrem jeweiligen Generalsekretär/sekretärin: http://www.levif.be/actualite/belgique/qu-ils-essaient-de-toucher-au-statut-des-syndicats/article-normal-323771.html?utm_source=Newsletter-05/11/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
14 Vgl. etwa http://www.levif.be/actualite/belgique/une-manifestation-historique/article-normal-324135.html?utm_source=Newsletter-07/11/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
15 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/des-militants-d-extreme-droite-ont-infiltre-la-manifestation/article-normal-324149.html?utm_source=Newsletter-07/11/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBAVULV&M_BT=1804051092693
16 Vgl. http://resistancesnews.be/spip/spip.php?article165
17 Vgl. dazu als Widerhall in der belgischen Presse: http://www.levif.be/actualite/belgique/la-declaration-gouvernementale-represente-un-danger-pour-les-droits-democratiques/article-opinion-350819.html?utm_source=Newsletter-13/11/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
18 Vgl. dazu einen Überblick: http://www.levif.be/actualite/belgique/actions-syndicales-qui-fera-la-greve-quand-et-pourquoi/article-normal-321873.html?utm_source=Newsletter-22/10/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693
19 Vgl. http://www.levif.be/actualite/belgique/marx-contre-thatcher-le-danger-d-une-belgique-divisee/article-opinion-323971.html?utm_source=Newsletter-06/11/2014&utm_medium=Email&utm_campaign=Newsletter-RNBDAGLV&M_BT=1804051092693

Petition Bleiberecht für Flüchtlinge aus Afghanistan

Anlass für die Petition ist die Innenministerkonferenz, die Anfang Dezember in Köln stattfinden wird. Dort soll die Sicherheitslage in Afghanistan neu bewertet und über Fortführung oder Ende der Abschiebungen nach Afghanistan entschieden werden. Wir fordern ein sofortiges Ende der Abschiebungen und ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge aus Afghanistan!

Es ist wichtig die Petition zu unterstützen und auch weiter zu verbreiten, damit wir in relativ kurzer Zeit möglichst viele Unterschriften zusammen kriegen. Deshalb bitte unterschreiben, über andere Mailinglisten schicken und auf Facebook setzen und mit Freund*innen teilen!

Flüchtlingsrat Bayern
Quelle: www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

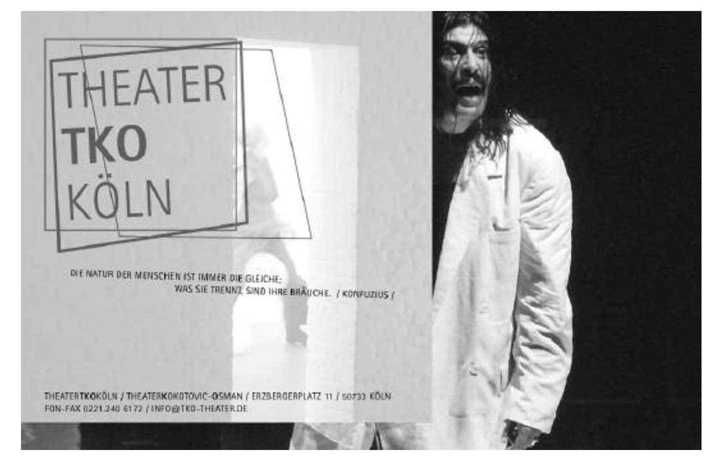
Petition gegen Abschiebungen nach Afghanistan und für ein Bleiberecht: https://www.openpetition.de/petition/online/bleiberecht-fuer-fluechtlinge-aus-afghanistan

Premiere des Theaterstücks: SCHWARZ BROT von Davor Spisic

Übersetzung aus dem Kroatischen von Mirjana und Klaus Wittmann
Regie, Dramaturgie, Raum Konzept: Nada Kokotovic
Kostüme: Joanna Rybacka
Es spielen: Anita Schmidt, Anna Simmering und Nedjo Osman
Gesprochen wird Deutsch, Kroatisch, Romanes
Koproduktion mit dem Rom e.V.

Abgeschoben – 20 Jahre lebte sie in Deutschland, hier unter uns. Und plötzlich fliegt sie raus. Irgendwo hin. Gezerrt. Getreten. Verfrachtet. Ohne Vorbereitung. Willenlos. Wie ein Stück Vieh. Der Boden unter ihren Füßen reißt weg. Die Luft zum Atmen bleibt aus. So passiert es Lenka. Und Trajo. Doch er hat nicht dasselbe Schicksal. Seines ist schlimmer. Als Roma hat er sich so extrem angepasst, dass er sich selbst verlor. Zwischen Gewinn und Verlust. Zwischen Roma und Nicht-Roma. In dieser Situation treffen sie sich. Unerwartet. Beide fremd in unserer Gesellschaft. Schlagen wie Meteoriten auf einander ein. Beide verzweifelt. Er zwischen Pflicht, Verständnis, Mitgefühl. Sie zwischen Mutterinstinkt, Verlorenheit, Liebe. Sie finden und verlieren sich. Sofort. Schonungslos. Tragisch.

Termine: *21. und 23.November, 12. bis 18. Dezember 2014*
Ort: *Kunsthaus Rhenania, Bayenstr. 28, 50678 Köln*
Zeit: *20 Uhr*
Eintritt: *für Sinti und Roma frei*
Karten: 0221-2406172 und info@tko-theater.de sowie 0221-16898479 Kunsthaus Rhenania
Quelle: TKO-Theater/Roma-Choreodrama



Kirchenasyl: „Wir lassen uns nicht einschüchtern"

Immer mehr Gemeinden wenden sich an den Jesuiten-Flüchtlingsdienst in München, wenn sie einen Menschen vor der Abschiebung schützen wollen oder wenn sie sich während des Kirchenasyls von Behörden eingeschüchtert, irregeführt oder zermürbt fühlen.

Mehr als 100 Gemeinden in Bayern haben in diesem Jahr Flüchtlinge ins Kirchenasyl genommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge spricht von bundesweit rund 500 Menschen in Kirchenasylen, vermutet Missbrauch und denkt öffentlich über Maßnahmen nach, die Gemeinden entmutigen sollen. Die meisten Kirchenasyle schützen vor der Abschiebung in ein anderes EU-Land, das formal für das Asylverfahren zuständig ist.

Das Kirchenasyl soll ihnen eine weitere leidvolle Odyssee ersparen und ihnen helfen, nach der langen Flucht endlich anzukommen. Bruder Dieter Müller SJ, JRS-Seelsorger in München, hat diese und andere Gemeinden beraten. „Einen so schwierigen Schritt nimmt eine Gemeinde nur auf sich, wenn sie von seiner Notwendigkeit absolut überzeugt ist", versichert der Jesuit. „Die direkte Begegnung mit Flüchtlingen öffnet Menschen die Augen, wenn das Asylrecht einen Flüchtling in eine schwere Notlage stürzt. Es ist diese Not, die eine Gemeinde zum Handeln veranlasst. Nur: Dass sich solche Fälle häufen, kann doch nicht den Gemeinden angelastet werden." Er beobachtet, dass Behörden zunehmend Methoden anwenden, die das Kirchenasyl belastender für alle Beteiligten machen und es zeitlich ausdehnen. Doch dank Spenden kann der JRS bisher Flüchtlinge im Kirchenasyl juristisch unterstützen und in einigen Fällen auch beim Lebensunterhalt aushelfen, der ansonsten von der Gemeinde getragen werden muss.

„Wir lassen uns nicht einschüchtern", fasst Bruder Müller zusammen. „Daran, dass das Kirchenasyl zu einer Bewegung geworden ist, kann auch Druck der Behörden nichts ändern. Daran kann nur ein europäisches Asylsystem etwas ändern, in dem ein humanitärer Notfall eine Ausnahme ist."

Quelle: Infobrief Jesuiten Flüchtlingsdienst Ausgabe November 2014 ■

Spanien/Marokko: Gewaltsame Zurückdrängungen an Grenze

Die Staatsanwaltschaft der spanischen Exklave Melilla in Marokko leitete am 20. Oktober strafrechtliche Ermittlungen gegen die Praxis der Zurückdrängung (sogenannte „Push-Backs") des landeseigenen Grenzschutzes ein. Damit reagierte sie auf ein am 15. Oktober aufgenommenes Video der Flüchtlingsorganisation Prodein. Das Video zeigt, wie spanische Grenzpolizisten einen Mann aus Kamerun, der den Zaun zwischen Marokko und Melilla überqueren wollte, zunächst mit Schlagstöcken bewusstlos schlugen und ihn dann über den Grenzstreifen nach Marokko zurücktrugen. Trotz anhaltender Kritik am Vorgehen der Grenzpolizei plant die spanische Regierung, die umstrittenen Zurückdrängungen in Ceuta und Melilla zu legalisieren. Dieses Vorhaben entspräche geltendem Recht, teilte der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy (PP, konservativ) mit. Der Menschenrechtskommissar des Europarates Nils Muižnieks sowie das UN-Flüchtlingshilfswerk forderten Spanien auf, den Grenzschutz im Einklang mit den Menschenrechten zu gestalten.

Quelle: http://www.migration-info.de 13. November 2014 ■

Gesetzentwurf LINKE: Wahlrecht für Ausländer

Als Bundestagsdrucksache liegt nunmehr ein Gesetzentwurf der LINKEN vor, mit dem ein Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen eingefordert wird (EU, Bund, Land, Kommune). Das wäre eine gute Nachricht, wenn er angenommen würde.

Berlin: (hib/STO) Die Fraktion Die Linke dringt auf die „Einführung eines allgemeinen Wahlrechts für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland“.

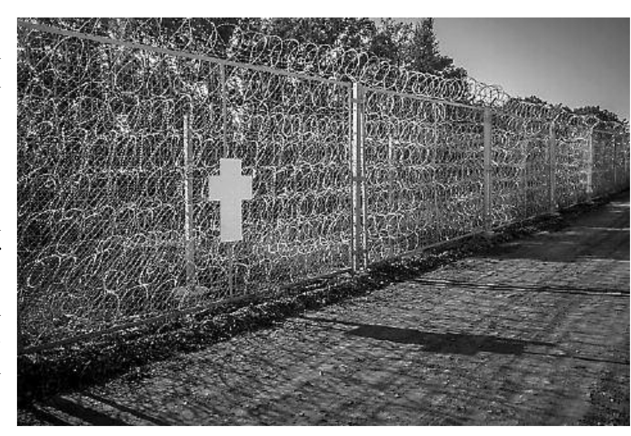
Dazu will sie durch eine Änderung des Grundgesetzes sowie des Europawahl- und Bundeswahlgesetzes Ausländern mit einem mindestens fünfjährigen Aufenthalt in Deutschland die Teilnahme an Wahlen auf Bundes- und EU-Ebene ermöglichen, wie aus einem Gesetzentwurf der Fraktion (18/3169) hervorgeht. In der Vorlage verweisen die Abgeordneten zugleich darauf, dass für eine Öffnung des Wahlrechts auf Landes- und kommunaler Ebene weitere gesetzliche Initiativen im Verantwortungsbereich der Bundesländer erforderlich seien, und plädieren dafür, das Grundgesetz um eine „diesbezügliche Klarstellung“ zu ergänzen.

Mit der vorgeschlagenen Grundgesetzänderung und der Änderung des Wahlrechts werde dem demokratischen Grundsatz Rechnung getragen, „dass möglichst alle, die von der Ausübung von Staatsgewalt betroffen sind, auch gleichberechtigt an der Konstituierung dieser Staatsgewalt beteiligt werden sollten“, argumentiert die Fraktion. Wie sie ausführt, lebten in Deutschland Ende 2012 etwa 7,2 Millionen Ausländer, von denen zirka 4,4 Millionen aus Nicht-EU-Staaten gekommen seien. „Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit betrug Ende 2012 knapp 19 Jahre“, heißt es in der Vorlage weiter. Zwei Drittel von ihnen lebten seit mehr als zehn Jahren hier. Auf der Bundes- und Landesebene werde indes allen nicht-deutschen Einwohnern das Wahlrecht verwehrt; anders als EU-Angehörige dürften Drittstaatsangehörige „nicht einmal an Kommunalwahlen teilnehmen“. Viele Migranten seien damit „vom Kernbereich der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, selbst wenn sie bereits seit langem in Deutschland leben und ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind“.

Quelle: thomas.hohlfeld@linksfraktion.de 13.11.2014 ■

Erster Europäischer Mauerfall

Während ganz Deutschland sich darauf einstellte, dem Fall der deutschen Mauer vor 25 Jahren zu gedenken, stehen neue Mauern um Europa, an denen mindestens 30 000 Menschen gekentert und ertrunken sind. Und es werden täglich mehr. Das sollte im Ersten Europäischen Mauerfall ein Ende finden: In 2 Reisebussen rollten über 100 Friedliche Revolutionäre an eine frisch gebaute EU-Außengrenze, um diese mit Bolzenschneidern und Akku-Winkelschleifern abzubauen.



Während das politische Berlin in einem Oktoberfest-Gedenken Ballons in die Luft steigen und nostalgisch-sedierende Reden abhalten ließ, wollte die deutsche Zivilgesellschaft in einem Akt politischer Schönheit die europäischen Außenmauern zu Fall bringen und das Gedenken um einen entscheidenden Gedanken erweitern: die Gegenwart.

Die Mauertoten sind an den EU-Außengrenzen

Die Installation „Weiße Kreuze“ hat kollektiv die Flucht aus dem Regierungsviertel in Berlin vor den Gedenkfeierlichkeiten zu „25 Jahren Mauerfall“ ergriffen. Die Mauertoten sind in einem Akt der Solidarität zu ihren Brüdern und Schwestern über die Außengrenzen der Europäischen Union geflüchtet. Genauer: zu den zukünftigen Mauertoten. 30 000 Tote an den EU-Außengrenzen in den vergangenen 25 Jahren und die laufende militärische Abriegelung des Kontinents waren zuviel für ihre Totenruhe. Sie sind jetzt bei den Menschen, die als nächstes durch die EU-Außenmauern sterben werden. Hier Eindrücke aus den Waldbergen Gourougou vor Melilla, der „Eindämmungsanlage“ Bulgariens und dem griechischen „Schild“.

Europa riegelt sich militärisch ab

Für unsere neuste Aktion sind wir an die politischen Grenzen unseres Kontinents gereist: nach Bulgarien, in die Waldberge vor Melilla und nach Griechenland. Es ist unsere bislang aufwändigste Aktion. 170 km vom offiziellen Ende der EU-Überwachungssysteme entfernt entstanden die Bilder unten: im Vordergrund der 1989 außer Betrieb genommene Eisernen Vorhang. Im Hintergrund lässt die Europäische Union den Erdboden für die neuste Generation von Überwachungstechnik ausheben. Am Boden hinter dem Weißen Kreuz liegt ein Kameramast, der Flüchtlinge aufspüren und der örtlichen Polizei melden soll (von uns vorsorglich entfernt und im Unterholz versteckt).

Quelle: http://www.europaeischer-mauerfall.de/ (Zentrum für politische Schönheit) ■

Niedersachsen: medizinische Versorgung von Flüchtlingen – CDU dagegen

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen in Niedersachsen ab: „Das ist ein beschämendes, inhumanes Abstimmungsverhalten im heutigen Sozial- und Gesundheitsausschuss“, erklärt dazu Dr. Christos Pantazis, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses heute, Mittwoch, sei erstmals auch der frühere CDU-Innenminister Uwe Schünemann zugegen gewesen. Das erkläre auch, warum sich einzig die Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuss – trotz einstimmiger Empfehlung der Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe – gegen den Rot-Grünen Antrag „Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Niedersachsen sicherstellen“ positioniert haben.

„Landesregierung und Rot-Grüne Regierungskoalition haben sich seit dem Regierungswechsel 2013 in der Koalitionsvereinbarung „Erneuerung und Zusammenhalt“ darauf verständigt, Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik walten zu lassen. Es ist und bleibt unser Wille an der Seite der Flüchtlingsverbände, der Kirchen und anderer Initiativen mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen und ihren Familien zu üben“, betont SPD-Migrationsexperte Christos Pantazis.

Pantazis: „Diesem migrationspolitischen Paradigmenwechsel, der beispielsweise in der Abschiebepraxis oder der Reform der Härtefallkommission seinen Ausdruck gefunden hat, haben wir heute einen weiteren Baustein hinzugefügt – die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen in Niedersachsen.“

In insgesamt drei Punkten sei die Landesregierung darin aufgefordert, zunächst für alle Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte in Kooperation mit der GKV zu prüfen.

„Für Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus wollen wir – im Rahmen eines Modellversuchs – einen „Anonymen Krankenschein“ in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der medizinischen Flüchtlingshilfe in Hannover und Göttingen einführen, um die Inanspruchnahme ärztlicher Versorgung zu ermöglichen, ohne dabei negative Konsequenzen fürchten zu müssen“, erklärt Pantazis.

Hier habe sich die CDU – im Gegensatz zur FDP, die den Antrag ausdrücklich begrüßt und im Ausschuss mitgetragen habe – verweigert und durch ihr Abstimmungsverhalten ihr schwieriges Verhältnis zum humanen Umgang mit Flüchtlingen deutlich gemacht. Pantazis: „Offensichtlich färbt die erstmalige Anwesenheit des ehem. Innenministers Schünemann im Sozialausschuss wieder auf das Abstimmungsverhalten der CDU ab."

Dieser Rückfall in alte Zeiten mache deutlich, wie wichtig der Regierungswechsel zu Rot-Grün sei, und endlich Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen entscheidend sei

Quelle: Pressemitteilung SPD Landtagsfraktion Niedersachsen 13.11.2014 ■

Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika?

Neuer Vorstoß von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zur Auslagerung des Flüchtlingsschutzes

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat im Morgenmagazin des ZDF heute erläutert, dass „Willkommens- und Ausreisezentren" außerhalb Europas eingerichtet werden sollen. Die italienische Seenotrettungsmission „Mare Nostrum", bei der mehr als 150 000 Menschenleben gerettet wurden, wird hingegen beendet. „Was wir eigentlich brauchen – das haben wir auch mit den Innenministern besprochen – wir müssen in den Transitländern möglicherweise so etwas wie Willkommens- und Ausreisezentren machen. Der UNHCR, das Weltflüchtlingswerk der UNO könnte sie betreiben, um dann zu entscheiden, wer geht zurück und wer kommt nach Europa", so der Bundesinnenminister. PRO ASYL lehnt Auffanglager, zum Beispiel in Nordafrika, als Instrument zur Aushebelung des Asylrechts in Europa ab. Die Externalisierung der Asylverfahren ist keine Lösung. Der Vorschlag erinnert an die Vision Otto Schilys von Auffanglagern in Nordafrika, in denen Schutzsuchende abgefangen werden sollen. „Was 2004 schon falsch war, ist in den letzten zehn Jahren nicht richtig geworden" sagte Burkhardt, Geschäftsführer. Die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz immer weiter von Deutschland und Europa wegzuschieben, wird aber keinem menschenrechtlichen Anspruch gerecht. Die Argumente gegen die sogenannten „Willkommenszentren" in Transitländern sind:

Das Sterben im Mittelmeer wird nicht verhindert. Auffanglager, die nur wenigen Flüchtlingen eine Perspektive bieten, können Schutzsuchende nicht davon abhalten, in seeuntüchtigen Booten nach Europa aufzubrechen.

Im Rahmen von Aufnahmekontingenten von Flüchtlingen von außerhalb Europas haben es die Staaten in der Hand, nach politischem Ermessen selbst festzulegen, wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen. Das Asylrecht dagegen entzieht sich per se einer politisch motivierten Begrenzung der Zahl. Die Zielsetzung der Staaten in diesem Konzept ist es aber, ein individuelles Recht auf Asyl in ein Gnadenrecht zu verwandeln, wo sie sich selbst handverlesen Flüchtlinge auswählen, deren Einreise erlaubt wird.

Es gibt keine rechtsstaatlichen Garantien in den sogenannten „Willkommenszentren": Zu einem rechtsstaatlichen Verfahren gehört, dass negative Behördenentscheidungen von Gerichten überprüft werden können. Dies wäre in Lagern in Nordafrika nicht möglich. Außerdem wäre eine unabhängige Beratung und Vertretung durch Rechtsanwälte nicht möglich. Mit dem Recht auf ein faires Verfahren und Rechtsstaatlichkeit sind solche Vorschläge nicht zu vereinen.

Anerkannte Flüchtlinge drohen ohne Asylland zu bleiben. Angesichts der geringen Bereitschaft zahlreicher europäischer Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen, ist es höchst fraglich, ob alle anerkannten Flüchtlinge einen Aufnahmestaat finden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. 12.11. 2014 ■

Bemerkenswertes Grundsatzurteil zum Dublin-System

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am Dienstag ein bemerkenswertes Grundsatzurteil zum Dublin-System gefällt. Demnach können Flüchtlinge nicht mehr ohne weiteres nach Italien zurückgeschoben werden.

Laut Gericht sind die Zustände in Italien zwar nicht so schlimm wie in Griechenland. Das Gericht hat dennoch erhebliche Zweifel an den Aufnahmekapazitäten Italiens für Flüchtlinge (Absatz 115 des Urteils). Das gilt insbesondere für besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder. Der EGMR hat deshalb für Rückschiebungen von Familien mit Kindern jetzt hohe Schutzhürden aufgestellt: Sie dürfen nur dann nach Italien abgeschoben werden, wenn garantiert wird, dass sie familien- und kindergerecht gemeinsam als Familie untergebracht werden statt in einer völlig überfüllten Unterkunft oder gar auf der Straße zu landen (Absätze 120 bis 123 des Urteils).

Das bedeutet aus unserer Sicht, dass sich Mitgliedsländer, die Flüchtlinge nach Italien abschieben wollen, nun von der italienischen Regierung für jeden Einzelfall versichern lassen müssen, in welcher Einrichtung genau sie untergebracht werden, dass sie dort gut versorgt und betreut werden und dass Familien nicht auseinander gerissen werden. Zumindest braucht es solche Versicherungen bei Familien mit Kindern und anderen besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Wenn Italien eine entsprechende Unterbringung nicht garantieren kann, weil die – sehr begrenzten Plätze – voll sind, kann auch nicht abgeschoben werden.

Nach Angaben von Eurostat hat Italien im vergangenen Jahr insgesamt 15 532 Übernahmegesuche aus anderen EU-Staaten erhalten.

Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament, hat das Urteil so kommentiert: „Dieses Urteil zeigt, dass die Dublin-Regelung vorne und hinten nicht mehr funktioniert. Es ist höchste Zeit, dass wir sie durch ein vernünftiges und solidarisches System ersetzen. Es bringt nichts, an einer Verordnung festzuhalten, die den südlichen EU-Mitgliedsstaaten die ganze Verantwortung für Flüchtlinge in der EU gibt und sie damit offensichtlich überfordert. Wir brauchen endlich ein echtes, gemeinsames Asylsystem in der EU."

Das Urteil des EGMR steht in einer Reihe mit weiteren Urteilen, welche die Dublin-Verordnung in Frage stellen:

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat im vergangenen Jahr entscheiden, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge faktisch aus dem Dublinsystem herausfallen. Sie dürfen nicht mehr in einen anderen Mitgliedsstaat zurückgeschoben werden, auch wenn sie dort bereits einen Asylantrag gestellt haben. Vielmehr muss derjenige Mitgliedsstaat ihren Asylantrag bearbeiten, in dem sich das Kind/der Jugendliche gerade aufhält. Begründung: Das Kindeswohl hat Vorrang (Urteil in der Rechtssache C-648/11 MA, BT, DA / Secretary of State for the Home Department vom 6. Juni 2013)

Urteil des EGMR gegen Abschiebungen nach Griechenland wegen systemischer Defizite im Asylsystem (Case M.S.S. vs Belgium and Greece: Judgment of 21/01/2011). Das Urteil wurde Ende 2011 durch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg bestätigt, der Abschiebungen nach Griechenland bis auf weiteres verbietet. Der Grund: Systemische Mängel im griechischen Asylsystem und bei der Unterbringung von Schutzsuchenden. Asylsuchenden droht in Griechenland die reale Gefahr unmenschlicher und erniedrigender Behandlung (Urteil in den Rechtssachen C-411/10 N. S. / Secretary of State for the Home Department und C-493/10 M. E. u. a. / Refugee Applications Commissioner und Minister for Justice, Equality and Law Reform)

Diverse deutsche Gerichte sind der Auffassung, dass es auch in Italien systemische Mängel im Asylsystem gibt. Sie haben deshalb in mehreren Fällen Abschiebungen nach Italien untersagt.

Quelle: franziska.keller@europarl.europa.eu 06.11.2014 ■

Abschiebungshaft im Umbruch

Nach zwei bahnbrechenden Urteilen sind die Abschiebungsgefängnisse leer wie nie: Ende 2014 mussten bundesweit weniger als 30 Asylsuchende und Migranten in der Haft auf die Abschiebung warten. Zu den meisten hat der JRS Kontakt. „Wir sehen doch, dass es auch ohne Haft geht: Die Politik muss auf menschlichere Alternativen setzen“, fordert JRS-Direktor Frido Pflüger SJ.

Flüchtlinge und Migranten dürfen nicht mit Straftätern eingesperrt werden. Außerdem dürfen Asylsuchende nicht ohne weiteres in Abschiebungshaft genommen werden. Um diese Selbstverständlichkeiten durchzusetzen, brauchte es zwei höchstrichterliche Urteile. Der JRS hat in den vergangenen Jahren hunderte solcher Klagen von Asylsuchenden und Migranten aus seinem Rechtshilfefonds unterstützt. Auch eine Syrerin, eine Vietnamesin und ein Marokkaner mussten in einem normalen Gefängnis auf ihre Abschiebung warten und hatten sich dagegen gerichtlich gewehrt. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst hatte sie mit ihren Anwälten Peter Fahlbusch, Gerhard Mayer und Michael Sack bis zum höchsten europäischen Gericht begleitet. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs hat die Abschiebungshaft seit diesem Sommer unwiderruflich verändert: Mehrere Bundesländer haben ihre Abschiebungsgefangenen noch am selben Tag freigelassen oder verlegt, viele nach Berlin und Eisenhüttenstadt. Der JRS hat jetzt zu fast allen Abschiebungsgefangenen in Deutschland Zugang, kann sie begleiten und rechtliche Hilfe vermitteln.

Denn Berlin und Brandenburg haben Abschiebungsgefängnisse, die den EUKriterien entsprechen. Bayern hat Ende 2013 eine neue Einrichtung in Mühldorf geschaffen, nachdem der JRS binnen weniger Wochen mehr als 70 Abschiebungsgefangenen zur Freilassung aus der Strafvollzugsanstalt Stadelheim verholfen hatte.

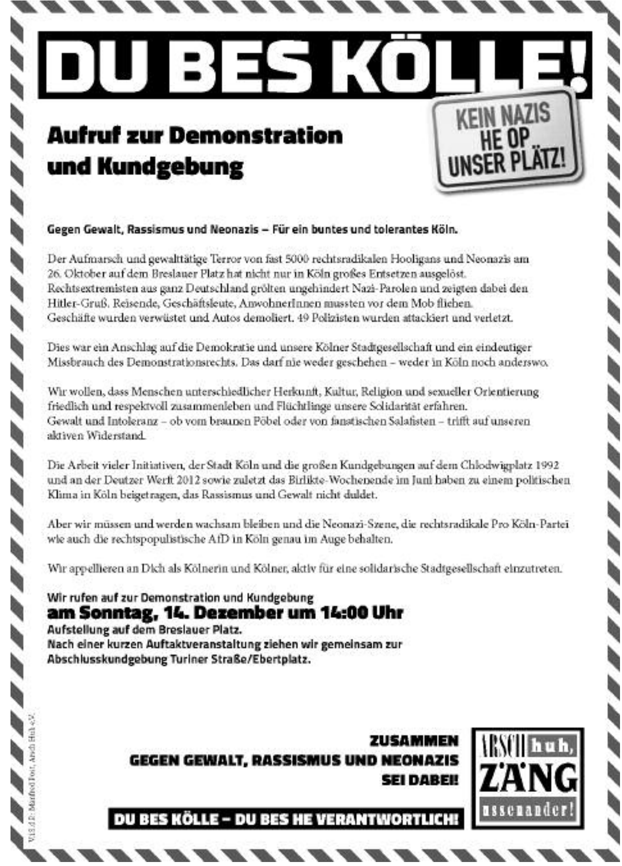
Eine zweite Revolution folgte in Form eines Urteils des Bundesgerichtshofs, das Rechtsanwalt Fahlbusch erstritten hat: Es ist vorläufig verboten, Asylsuchende einzusperren, weil sie in den für sie zuständigen EU-Staat abgeschoben werden sollen und pauschal unterstellt wird, sie wollten untertauchen. In diesen sogenannten „DublinVerfahren“ befand sich zuletzt der größte Teil der Inhaftierten. Deshalb ist die Zahl der Abschiebungsgefangenen bundesweit so niedrig wie nie zuvor. Seelsorger des JRS hatten oft kritisiert, dass z.B. Flüchtlinge aus Syrien eingesperrt wurden, um sie in ein anderes europäisches Land abzuschieben: Schutzsuchende gehören nicht ins Gefängnis.

Leider kann sich das schon bald wieder ändern. Ein neuer Gesetzentwurf enthält einen ausufernden Kriterienkatalog, wann angeblich „Fluchtgefahr“ besteht und Abschiebungshaft wieder möglich sein soll. Damit könnten mindestens so viele Flüchtlinge inhaftiert werden wie bisher – oder sogar noch mehr. Auf der politischen Ebene werden wir weiter darauf hinwirken, dass Flüchtlinge nicht einfach inhaftiert werden dürfen, um sie innerhalb Europas hin und her zu schieben.

„Abschiebungshaft ist gesetzlich nur als letztes Mittel zulässig“, sagt JRS-Direktor Pater Frido Pflüger SJ. „Aber die Bundesregierung hat nie deutlich gemacht, was ihr vorletztes Mittel ist. Wenn sie das jetzt nachholt, kann sie sich von diesem menschenfeindlichen Instrument verabschieden“, so der Jesuit. „Abschiebungshaft schadet allen: Sie ist verstörend für die, die sie erleben müssen, stempelt Unschuldige in der öffentlichen Wahrnehmung als Verbrecher ab und kostet den Steuerzahler Millionen.“ Berlin gibt nach eigenen Angaben jeden Monat fast eine Million Euro dafür aus.

Der JRS hat derzeit Zugang zu fast allen Abschiebungsgefangenen in Deutschland. „Auch wenn man es schön tapeziert und Gardinen vor die Fenster hängt: Es bleibt ein Gefängnis und wird von den Flüchtlingen auch so empfunden“, sagt einer der Seelsorger. Wir werden die Menschen dort weiterhin begleiten und ihnen mit unserem Rechtshilfefonds Beistand vermitteln, wo wir eine Aussicht auf Erfolg sehen. Für jede Spende sind wir dankbar.

Quelle: Infobrief Jesuiten Flüchtlingsdienst Ausgabe November 2014 ■



Asyldebatten in Europa und weltweit – Ein Überblick

Seit Jahren steigen die globalen Flüchtlingszahlen wieder an. Entsprechend verzeichnen Staaten weltweit steigende Asylantragszahlen. Diese Entwicklung hat in verschiedenen Zielländern zur Wiederaufnahme von Debatten über den Umgang mit Asylsuchenden sowie zu Änderungen des Aufenthalts- und Asylrechts geführt.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) waren im Jahr 2013 insgesamt 51,2 Mio. Menschen auf der Flucht (+13 %). Fast zwei Drittel der Flüchtlinge blieben als Binnenflüchtlinge im Herkunftsland, etwa ein Drittel ist ins Ausland geflohen. Davon stellten nahezu 1,1 Mio. Menschen einen Asylantrag (+15 %) in insgesamt 167 Staaten. Angesichts zahlreicher Konflikte weltweit ist auch für 2014 und die Folgejahre mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

In vielen Ländern hat der Anstieg der Asylsuchendenzahlen kontroverse gesellschaftliche Debatten ausgelöst. In den USA konzentriert sich die Diskussion vor allem auf minderjährige unbegleitete Flüchtlinge aus Zentralamerika, von denen zwischen Oktober 2013 und Oktober 2014 mehr als 63.000 die Südgrenze des Landes überquerten. Vor allem in den Grenzregionen haben die Behörden Schwierigkeiten, geeignete Unterkünfte zu finden. In einigen Ortschaften löste die Ankunft der jungen Flüchtlinge Proteste aus. Diese wirken sich negativ auf die Bemühungen der Obama-Administration aus, den Status eines Teils der etwa 11 Mio. irregulären, vor allem aus Mexiko stammenden Migranten zu legalisieren.

In Frankreich reagiert die sozialistische Regierung auf die wachsende Zahl der Asylanträge mit der Absicht, die Anträge schneller zu bearbeiten und die Asylsuchenden gleichmäßiger auf die Regionen zu verteilen. Abgelehnte Asylsuchende werden vehement abgeschoben, wobei es besonders häufig zu Inhaftierungen kommt, wie eine aktuelle europäische Vergleichsstudie zeigt. Die einwanderungsskeptische Haltung in Teilen der französischen Gesellschaft hat dazu beigetragen, dass die rechtsextreme Partei

Front National bei den Europa- und Kommunalwahlen außerordentlich viele Stimmen gewinnen konnte.

Auch im als besonders liberal geltenden Schweden gibt es Diskussionen zum Umgang mit der wachsenden Zahl von Asylsuchenden. Da diese ihren Wohnort in Schweden weitgehend frei wählen können, fühlen sich einige Kommunen aufgrund der Ballung von Schutzsuchenden überfordert. Angesichts des Anfang Oktober erfolgten Wechsels von den Konservativen zu einer rot-grünen Regierung aus Sozialdemokraten (SAP) und Umweltpartei (MP) ist jedoch nicht zu erwarten, dass die Wohnortwahl Asylsuchender in naher Zukunft eingeschränkt und zentral gesteuert wird. Schweden nimmt europaweit in absoluten und relativen Zahlen die meisten Flüchtlinge auf.

Aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien sowie des Vormarschs der radikalislamischen Terrormiliz Islamischer Staat in der Region verzeichnet die Türkei einen besonders starken Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden. Rund 1,5 Mio. Menschen suchen dort aktuell Zuflucht. Im vergangenen Jahr hat das türkische Parlament ein Asylgesetz verabschiedet, (welches erstmals Flüchtlingen aus Regionen außerhalb Europas einen sicheren Schutz- und Rechtsstatus zugesteht. Zuvor wurde Flüchtlingen aus nichteuropäischen Staaten lediglich eine Duldung als „Gast" gewährt. Im Oktober kündigte der türkische Arbeitsminister an, dass syrische Flüchtlinge Identitätsdokumente erhalten sollen, mit denen ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt und staatlichen Leistungen gewährleistet wird. Aktuell kommt es vereinzelt zu Auseinandersetzungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und Geflüchteten.

Im Vereinigten Königreich haben insbesondere die jüngsten Wahlerfolge der rechtspopulistischen UKIP den Druck auf die Migrations- und Asylpolitik der Regierung erhöht. Die regierenden Tories (konservativ) erklärten Ende Oktober, dass sich Großbritannien nicht an gemeinsamen Rettungsmissionen im Mittelmeer beteiligen werde. Dies würde nur zusätzliche Migranten motivieren, den gefährlichen Weg nach Europa auf sich zu nehmen, so die britische Außenstaatssekretärin Joyce Anelay (Tories).

Nach zahlreichen Flüchtlingstragödien im Mittelmeer hatte Italien im Oktober 2013 mit der Rettungsoperation „Mare Nostrum" auf die Flüchtlingskatastrophen in seinen Gewässern reagiert. Zudem wurden die vormals restriktiven Asylgesetze erheblich gelockert. Zusammen mit den Mittelmeeranrainern setzt sich das Land für einen EU-weiten Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge ein.

Die konservative Regierung Australiens führt die restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik der Labour-Regierung fort und setzt auf die Abschreckung und Offshore-Internierung von Flüchtlingen. Im Oktober startete sie eine weltweite Anzeigenkampagne, die mit Slogans wie „No way" oder „By boat, no visa" potenzielle Bootsflüchtlinge von Einwanderungsversuchen abhalten soll.

Quelle: http://www.migration-info.de/November 2014 ■

STATISTISCHES JAHRBUCH 2014: In Schweden kommen auf tausend Einwohner sechs Asylbewerber, in Deutschland nur 1,6

Die Themen Flucht und Asyl beschäftigen zunehmend auch die Datensammler des Statistischen Bundesamts. Am Dienstag wurde das Statistische Jahrbuch 2014 vorgestellt. Die Zahl der Asylanträge steigt – im Vergleich zu anderen Ländern jedoch auf niedrigem Niveau.

Die internationalen Krisen spiegeln sich auch in den Datensammlungen des Statistischen Bundesamts wieder: Die Zahl der Asylanträge nimmt seit zwei Jahren deutlich zu. Der Präsident des Statistischen Bundesamts, Roderich Egeler, sagte bei der Vorstellung des aktuellen Statistischen Jahrbuchs am Dienstag in Berlin, in diesem Jahr werde die Zahl der Anträge noch stärker steigen. Bis September seien 116 700 Erstanträge auf Asyl gestellt worden, das sind laut Egeler schon rund 7000 mehr als im ganzen vorigen Jahr.

2013 hatten die Asylanträge dem Statistischen Jahrbuch zufolge den höchsten Stand seit 1996 erreicht. Vom Hoch aus dem Jahr 1992 mit knapp 440 000 Asylanträgen ist man aber weit entfernt. Seit 2002 war die Zahl stetig gesunken, bis sie 2007 mit rund 19 200 Erstanträgen ihren niedrigsten Stand erreicht hatte. Seitdem steigt sie wieder.

Nicht nur in Deutschland, in der gesamten EU, hat sich Zahl der Asylbewerber in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt auf rund 437 000 Personen im Jahr 2013. Deutschland, Frankreich und Schweden nehmen die meisten Menschen auf; 2013 entfielen 29 Prozent aller Antragsteller auf Deutschland. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegt jedoch Schweden an der Spitze: Dort kommen auf 1000 Einwohner 5,7 Asylbewerber, in Deutschland nur 1,6.

Quelle: http://www.migazin.de/ ■

APPELL AN DIE JUGEND: MACHT MIT!

Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand" geht in die neunte Runde

Tue Gutes und rede darüber – so oder so ähnlich könnte der Aufruf des Kumpelsvereins an die Jugend aussehen, am Wettbewerb „Die Gelbe Hand" teilzunehmen. Den Wettbewerb organisiert der Kumpelverein nun schon zum neunten Mal. Er richtet sich an die Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen und -kollegs sowie an alle Jugendliche, die sich in der Ausbildung befinden. Auch junge Beschäftigte aus dem Betrieb und der Verwaltung können mitmachen. Es geht darum, in den Beiträgen das Engagement für Gleichbehandlung und gegen Ausgrenzung und Rassismus abzubilden. Egal ob Kurzfilm, Dokumentation, eine gemeinsame Aktion im Betrieb oder auf der Straße – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. So sieht das auch Jury-Mitglied Elke Hülsmann vom DGB Bildungswerk NRW: „Wichtig ist, dass man ein Zeichen setzt für die elementaren Werte unserer Gesellschaft, nämlich für Vielfalt, für Demokratie und gegen menschenverachtende Ideologien." Zwar würden die kreativsten und aussagekräftigsten Einsendungen prämiert, so die Geschäftsführerin des Bildungswerks, aber: „Am Ende sind alle Gewinnerinnen und Gewinner. Wir alle profitieren von eurem Engagement. Deswegen mein Appell an die Jugendlichen: Macht mit!"



Einsendeschluss für die Beiträge ist der 16. Januar 2015, Adressat ist zunächst einmal das Büro des Kumpelvereins in Düsseldorf. Ab dann entscheidet die Jury, die dieses Mal aus folgenden sieben Jurorinnen und Juroren besteht: Dr. Klaudia Tietze (Kumpelverein), Doris Schröder-Köpf (MdL, Migrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen), Elke Hülsmann (DGB Bildungswerk NRW), Jan Gottke (DGB Jugend Niedersachsen), Erik Schley (DGB Jugend NRW), Prof. Dr. Josef Rützel (GEW) und Urban Überschär (Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen).

Der erste Preis beträgt 1000 Euro, der 2. Preis 500 Euro und der 3. Preis liegt bei 300 Euro. Darüber hinaus gibt es Sonderpreise des Landes Niedersachsen und der DGB Jugend NRW. Beide sind mit 500 Euro dotiert. Die Preisverleihung findet am 25. März in Hannover im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus statt.

Mehr Informationen zum Wettbewerb gibt es im Netz unter www.gelbehand.de/wettbewerb ■

Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen – Ein Ratgeber für den betrieblichen Alltag

Auch der Betrieb ist nicht frei von Alltagsrassismus, Diskriminierung oder rechtem Gedankengut. So kann sich beispielsweise eine unscheinbare Kollegin aus dem Nachbarbüro als Mitglied einer rechtsextremistischen Partei entpuppen, ein Mitarbeiter mit Migrationshintergrund wird bei den Beförderungen wiederholt übergangen oder im Kopierraum liegen Zettel mit fremdenfeindlichen Witzen. Unter dem Motto „Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen – Ein Ratgeber für den Betrieblichen Alltag“ zeigt diese Broschüre auf praktische Weise, welche Möglichkeiten man hat, um gegen solche Vorfälle am Arbeitsplatz vorzugehen.
Herausgegeben haben die Broschüre der Verein Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. zusammen mit dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg. Anhand verschiedener Praxisbeispiele aus den Betrieben werden situative Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten erläutert. Die Broschüre vermittelt Informationen zu Beratungsstellen und Ansprechpartnern im konkreten Bedarfsfall.
Des Weiteren werden Aktivitäten illustriert, wie man in Betrieben Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit leisten kann, um präventiv und offensiv gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen, u.a. der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“.
Die Boschüre zum Download findet man im Netz unter:
http://hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt/downloads



Inspirierende Kraft

Von Thälmann bis zu „Dresden nazifrei“: Bernd Langer skizziert die Geschichte der Antifaschistischen Aktion. Von Florian Osuch

Bernd Langer, langjähriger Antifaktivist, hat jetzt ein Buch zur Geschichte der Antifaschistischen Aktion vorgelegt. Auf 266 Seiten, vielfach ergänzt durch Fotos und zeitgenössische Plakate, erzählt er die „Geschichte einer linksradikalen Bewegung“.

Langer selbst war Mitglied der Göttinger Gruppe Autonomen Antifa M, die von der Polizei in den 1990er Jahren zerschlagen werden sollte. Er war einer von 17 Beschuldigten, gegen die wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ermittelt wurde; das Verfahren wurde später eingestellt. Die Antifa M praktizierte eine für Autonome untypische Bündnispolitik und arbeitete auch mit bürgerlichen Kräften zusammen. …

Das Buch gliedert sich in zwei Abschnitte. Im ersten Teil skizziert Langer die Entwicklung der kommunistischen und sozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik. Der KPD-Vorsitzende Thälmann formulierte zur Gründung der Antifaschistischen Aktion 1932, seine Partei strebe ein „überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus gewillten Arbeiter“ an. Langer kritisiert die KPD der 1930er Jahre als eine „durch und durch stalinistische“ Partei, „Einflussnahme der Basis auf die Parteiführung“ sei ausgeschlossen gewesen.

Der zweite Teil widmet sich antifaschistischen Bestrebungen in Westdeutschland nach 1945. Langer legt den Schwerpunkt auf die Bewegung der Autonomen der 1980er Jahre und die folgende Dekade, als Antifaschismus „zur dominierenden Tendenz in der linksradikalen Szene“ im nun vereinigten Deutschland wurde.

Die Autonomen bezogen sich auf den Antifaschismus der historischen KPD, da er auch immer „eine grundsätzlich antikapitalistische Strategie“ gewesen war, so der Autor. Dies sei der Grund weshalb „das Emblem der Antifaschistischen Aktion seine inspirierende Kraft nicht verloren hat und in den 1980er Jahren, umgestaltet und iumnterpretiert, zum Zeichen einer neuen Bewegung werden konnte“.

Langer gibt Einblicke in Aktionen, Zerwürfnisse und auch Debatten der verschiedenen Antifagruppen. Die Darstellungen konzentrieren sich auf die 1980/90er Jahre und sind teilweise recht subjektive Schilderungen des damaligen Aktivisten. Neuere Entwicklungen, insbesondere die für die Antifabewegung bedeutsamen Mobilisierungen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ in den Jahren 2010 bis 2013, werden nur am Rande erwähnt. Das ist schade, denn gerade hier hatte die Antifabewegung an das Konzept der Bündnispolitik der Autonomen Antifa M angeknüpft.

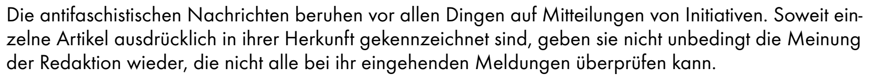
Bernd Langer weist darauf hin, dass er nicht auf die Geschichte des Antifaschismus in der DDR eingeht, da dieser dort „nach Lesart der Sowjetunion Staatsdoktrin“ war. Es habe in Ostdeutschland weder eine außerparlamentarische Bewegung noch eine Antifaschistische Aktion gegeben. Sicherlich hatten die Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer wenig gemein mit der autonomen Szene in Westdeutschland. Die Komitees als „eine politisch harmlose Vereinigung alter Frauen und Männer“ zu bezeichnen, wird deren Wirken allerdings nicht gerecht. Langer meint, die Tätigkeit der Komitees „blieb völlig von der SED abhängig und hatte die Funktion, den staatlich verordneten Antifaschismus zu repräsentieren“.

Dass diese Verbände mehr waren als Marionetten der SED, wird u.a. daran deutlich, dass viele Mitglieder nach dem Ende der DDR ihre Arbeit in neugegründeten Gruppen fortführten. Einige gegründeten den „Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener“, IVVdN, der im Jahr 2022 mit der VVN-BdA fusionierte.

Keine Erwähnung finden die Aktivitäten unabhängiger Antifagruppen in der DDR, die sich zum Ende der 1980er Jahre zumeist im Schutz von Kirchen gründeten.

Bernd Langer. Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung, 266 Seiten, 16 Euro, Münster 2014

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.



Abgeordnete(r), haben sie gedient?

Früher, in diesem Fall heißt das vor 1989, dem Jahr des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten in Europa, war die Sache einfach: Faschisten hetzten gegen links, waren Rassisten und Antisemiten, gegen die meist einfach „Russen" genannte Sowjetunion und, jedenfalls in den meisten Fällen, Unterstützer der US-Außenpolitik (und das hieß häufig Unterstützer der Kriege der USA). Heute sieht das deutlich komplizierter aus: Häufig treten die gleichen Leute oder ihre politischen Nachfolger(innen) für Frieden ein, für die als legitim bezeichneten Interessen des mittlerweile kapitalistischen Russlands, gegen die ukrainische Regierung und ihre faschistischen Unterstützer (innen), gegen das „US-Imperium". Der braune Saulus scheint sich zum Paulus bekehrt zu haben, wir scheinen in einer verkehrten Welt angekommen zu sein. Ist das wirklich so oder nehmen wir die Welt möglicherweise einfach falsch wahr, weil wir nur Ausschnitte von ihr sehen?

Die Novemberausgabe des „deutschen Nachrichtenmagazins" ZUERST! beschäftigt sich unter dem Titel „„Bitte nicht angreifen!' – Bundeswehr 2014: Deutschlands Phantom-Armee" nicht nur mit Fragen der militärischen (Nicht-)Einsatzbereitschaft sondern auch prinzipiell mit der bundesdeutschen Militärpolitik und darüber hinaus, mit der Vertretung „deutscher" Interessen. Die Autoren des Titelbeitrages, BERNHARD RADTKE, ROBERT DIEHL und DORIAN REHWALDT gehen dabei folgendermaßen vor: Zuerst stellen sie zu Recht fest, das „unter der nach außen demonstrierten Einmütigkeit und Geschlossenheit etwa der NATO oder der EU...zahlreiche Interessenkonflikte und Divergenzen" brodeln, Beispiele die sie dafür anführen sind nicht nur die verschiedenen Interessen unterschiedlicher Kapitalblöcke (beispielsweise der USA und der EU), die eher beiläufig erwähnt werden („Manche sind eher ein schemenhafter Begleiter wie der Wettlauf um Ressourcen oder Absatzmärkte, die auch zwischen den Bündnispartnern ausgetragen werden.") sondern nationale bzw. politische Differenzen: „(Noch-)Minderheiten, die soziale Schieflagen oder die Überfremdung ihrer Lebenswelt nicht mehr hinnehmen wollen, artikulieren sich lauter und deutlicher – ob an der Wahlurne oder auf der Straße. Auch das könnte zu neuen Verwerfungen führen, etwa wenn ein Land sich entschließen sollte, seine Tore vor den Migrantenwellen zu verschließen, und die ‚Partner' die zusätzlichen Lasten auffangen müßten".

Aber nicht nur nationale Alleingänge in Sachen Rassismus werden als Beispiel angeführt: „ Ein interessantes Szenario ergäbe sich auch, wenn z.B. eine dezidiert linke deutsche Regierung mit massivem Nachdruck den Abzug US-amerikanischer Atomwaffen fordern – oder gar die ‚Freunde' aus Washington auffordern würde, ihre Militärs und Geheimdienstler komplett vom deutschen Boden zu entfernen". Daraus ergibt sich für die Autoren: „Jeder Machtwechsel hier oder in anderen Staaten kann Konfliktpotential entstehen lassen und damit Herausforderungen für die Landesverteidigung, die gegenwärtig undenkbar erscheinen. Politik – und ganz besonders Sicherheitspolitik – darf nicht nur für den begrenzten Horizont von Legislaturperioden konzipiert werden. Sie muß auch das schier ‚Unmögliche' antizipieren und muß den Verlockungen eines trügerischen historischen Determinismus widerstehen. Dazu wären allerdings eigene Denkfabriken und Planungsstäbe hilfreich, deren Mitglieder ihre geistige Souveränität nicht zuvor an Washingtons oder Brüssels Garderoben abgegeben hätten".

Und noch deutlicher: „Vor diesem Hintergrund wäre es nicht nur für den abstrakten ‚Westen', sondern für jeden konkreten Staat ratsam sich auf unterschiedlichste Szenarien einzustellen. Dazu wäre es nützlich, sich Handlungsspielräume zu bewahren, von der Integrität des eigenen Staatsgebiets bis hin zu aktiver Sicherheitspolitik". Anders ausgedrückt: Deutschland soll seine ureigensten auch militärisch durchsetzen können.

Ins gleiche Horn stößt im Interview der Generalleutnant a.D. Dr. FRANZ UHLE-WETTLER, ehemaliger hoher Bundeswehroffizier (zuletzt Leiter des NATO Defense College und rechter Militärhistoriker): Wir sollten aufhören, stets dem zu folgen, was Brüssel will und was im Westen als modern und zeitgemäß gilt … Wir sollten uns stets an den deutschen Interessen orientieren … Eine Politik frei von Gehorsam gegenüber Brüssel und Washington sowie Pflege eines guten Verhältnisses zu Rußland. Das würde gleichzeitig zu mehr Bewegungsfreiheit gegenüber der EU und den USA und deren oftmals fragwürdigen Forderungen führen … Eine NATO_Mitgliedschaft an sich widerspricht somit nicht unseren Interessen. Aber das kann sich dann ändern, wenn andere NATO-Mitgliedsstaaten eine Politik betreiben, die unseren Interessen widerspricht und wenn unserer Bundesregierung bei der Beurteilung das Augenmaß abhanden kommt". Friedenspolitik sieht anders aus!

Die Autoren müssen allerdings feststellen, dass es mit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (nicht nur) aus technischen Gründen eher schlecht aussieht. KLAUS ULRICH HAMMEL, Militärhistoriker und früherer Generalstabsoffizier der Bundeswehr, weiß warum und was geändert werden müsste: Seit ihrer Gründung schleppt die Bundeswehr ganz gravierende Mängel mit sich herum, die allesamt nichts mit der Wehrtechnik oder den Rüstungsproblemen zu tun haben. Das Berufsbild des Soldaten wurde in der Bundesrepublik Deutschland nie wirklich definiert. Wofür soll man Soldat werden? Auch die Bindung zum Volk war stets unterentwickelt … Wir haben es … nie geschafft, daß sich die Bevölkerung mit der Armee identifizieren kann. Das wurde zwar deklariert, aber politisch nie richtig gewollt. Das natürliche Spannungsverhältnis Armee einerseits, bürgerlich strukturierte Gesellschaft andererseits sollte möglichst durch Anpassung an die zivile Umwelt aufgehoben werden… Wer von unseren heutigen Parlamentariern hat denn überhaupt noch seinen Wehrdienst geleistet?… Aber die intellektuelle Elite, also vor allem jene, die sich selbst dafür halten – hat sich doch stets von der Bundeswehr distanziert. Es gibt im Kulturleben keine positiven Bezüge auf unsere Armee. Es gibt keinen einzigen literarisch wertvollen Roman zum Thema Bundeswehr… Die europäischen Staaten müßten ihre Verteidigungsaufgaben erheblich erhöhen, um auf eigenen Beinen stehen zu können…".

Für eine solche Betrachtungsweise gibt es eine treffende Vokabel: Militarismus. Wir sollten an die zitierten Aussagen denken, wenn die Rechten wieder einmal für Frieden einzutreten scheinen.